



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

44. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 6. Juni 2008, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt	Sigrun Reese, FDP	15
	Dr. Armin Jäger, CDU	18
	Beschluss	18, 19, 33
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Finanzierung der Kindertagesförderung muss chancengleiche Entwicklung für alle Kinder sichern helfen	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Strategiekonzept Kinder- und Jugendtourismus weiterentwickeln	
– Drucksache 5/1496 –	– Drucksache 5/1497 –	19
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	Helmut Holter, DIE LINKE	19, 27
– Drucksache 5/1542 –	Minister Dr. Otto Ebnet	20
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	Mathias Löttge, CDU	22
Martina Tegtmeier, SPD	Ralf Grabow, FDP	24
Ralf Grabow, FDP	Detlef Müller, SPD	25
Harry Glawe, CDU	Tino Müller, NPD	26
5, 11	Beschluss	28
Minister Erwin Sellering		
6		
Stefan Köster, NPD		
8		
Birgit Schwebs, DIE LINKE		
9		
Beschluss		
12		
Antrag der Fraktion der FDP: Konzept zur Sicherung der Steilküsten an der Küste des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Antrag der Fraktion der NPD: Entfernungspauschale verfassungsgemäß gestalten	
– Drucksache 5/1502 –	– Drucksache 5/1484 –	29
Änderungsantrag der Fraktion der NPD	Stefan Köster, NPD	30, 32
– Drucksache 5/1533 –	Toralf Schnur, FDP	30
Gino Leonhard, FDP	Beschluss	32
12		
Antrag der Fraktion der NPD: Wahlfreiheit durchsetzen: Einführung eines Müttergehaltes in Mecklenburg-Vorpommern	Nächste Sitzung	
– Drucksache 5/1483 –	Mittwoch, 2. Juli 2008	32
Stefan Köster, NPD		
13, 17, 18		

Beginn: 9.08 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 44. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Finanzierung der Kindertagesförderung muss chancengleiche Entwicklung für alle Kinder sichern helfen, auf Drucksache 5/1496. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1542 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Finanzierung der Kindertagesförderung
muss chancengleiche Entwicklung
für alle Kinder sichern helfen
– Drucksache 5/1496 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/1542 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Um den 19. März diesen Jahres herum ging bei verschiedenen Einrichtungen des Landes, die mit der Kindertagesförderung befasst sind ein Schreiben der Landtagsfraktion der SPD ein, in dem es heißt, ich zitiere:

„Sicherlich haben Sie aus den Medien erfahren, dass wir zum Ziel gesetzt haben, Eltern aus familienpolitischen Gründen von den Kosten der Kindertagesbetreuung zu entlasten. So werden im Jahr 2008 6 Millionen Euro und im Jahr 2009 14,5 Millionen Euro zusätzlich zu diesem Zweck im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zwecke werde ein Teil der bisher für die Verbesserung der vorschulischen Bildung eingesetzten Mittel zur Entlastung der Eltern herangezogen. Das ist unseres Erachtens vertretbar, da die Kindertagesstätten nach Untersuchungen bereits heute über eine gute pädagogische Ausstattung verfügen. In diesem Rahmen hat die Landesregierung in der Märzsession des Landtages einen Entwurf zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes eingebracht, der nun zügig im Parlament beraten werden soll, damit Rechtssicherheit geschaffen wird.“ Ende des Zitats.

Der genannte Gesetzentwurf wurde inzwischen in den Ausschüssen behandelt und der Sozialausschuss hat hierzu eine Anhörung durchgeführt. Das Resümee der Anhörung muss allerdings weniger mit Rechtssicherheit als vielmehr mit Rechtsignoranz bezeichnet werden.

Verehrte Abgeordnete, das Anliegen der Koalition, Eltern, deren Kinder eine Kita besuchen, von den anfallenden Beiträgen zu entlasten, kann meine Fraktion gut mittragen. Umstritten bleibt allerdings für uns, auf welchem Wege Sie dieses Anliegen erreichen wollen. Es ist bekannt, dass in den Paragraphen 1 fortfolgende des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern die Umsetzung des Rechtsanspruchs der Kinder auf vorschulische Bildung als eine neue Aufgabe festgeschrieben und deren schrittweise Umsetzung mit zunächst 7 Millionen Euro finanziell untersetzt wurde.

In der Begründung der Gesetzesänderung zur Reduzierung der Mittel für die vorschulische Bildung, eingebracht

von der Landesregierung, heißt es nun: „Die Landesregierung hat sich dazu verständigt, die Schwerpunkte im Bereich der Kindertagesförderung zu verlagern. Dabei stehen zukünftig insbesondere die Sicherung der Chancengleichheit für alle Kinder und die Bekämpfung von Kinderarmut im Vordergrund.“ Gedanklich führe ich hier an: Und deshalb kürzen wir die Mittel für die Umsetzung der Programme zur vorschulischen Bildung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, das versteht tatsächlich kein Mensch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie nicht.)

So ist es auch nicht verwunderlich, dass selbst der Sozialminister im Sozialausschuss am 9. April 2008 nicht zu erklären vermochte, wie durch Mittelkürzungen für die inhaltliche Arbeit im Kindergarten ein Beitrag gleichermaßen zur Chancengleichheit wie zur Bekämpfung von Kinderarmut erbracht werden soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Wir erklären Ihnen das nachher mal.)

Im Sozialausschuss am 21. Mai 2008 gaben alle Anzuhörenden zu Protokoll, dass sie die geplante Mittelkürzung ablehnen, denn eine solche Mittelkürzung um 28,1 Prozent ab 2009 steht der Schaffung von Chancengleichheit und Armutsbekämpfung total entgegen. Vor dem Hintergrund, dass die Exekutive den gesetzlichen Auftrag hat, die frühkindliche Bildung in den Kindertageseinrichtungen durch Erweiterung des Rahmenplanes auf die jüngeren Altersgruppen zu stärken, wurde von allen Anzuhörenden eine Beibehaltung beziehungsweise eine Erhöhung der gesetzlich veranschlagten Mittel für die vorschulische Bildung gefordert. Das alles ist nachzulesen im Protokoll Nummer 28 des Sozialausschusses vom 21. Mai 2008, unter anderem in den Stellungnahmen des Landkreistages, des Städte- und Gemeindetages, der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte Neubrandenburg, Stralsund, Schwerin, der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, des Beauftragten für Landtag und Landesregierung der Evangelischen Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern und auch des Stadtälternrates Schwerin.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, gebetsmühlenartig tragen das seit Monaten alle, die um ihre Meinung befragt werden, vor. Warum werden diese Standpunkte ignoriert? Zwei Gründe könnten maßgeblich sein:

Erstens. Die Akteure der Koalitionsfraktionen haben ein sehr vereinfachtes technokratisches Verständnis von Bildung. Immerhin verweisen sie zur Begründung ihres Vorgehens stets und ständig auf nunmehr ausreichend vorhandene Wirtschaftsgüter, auf eine gute pädagogische Ausstattung in den Einrichtungen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir wissen doch, natürlich geht es hier nicht um Wirtschaftsgüter, natürlich gehören Ausstattungen mit Büchern, Mal- und Zeichengeräten, Musikinstrumenten, Sportgeräten zu Voraussetzungen im Rahmen der vorschulischen Bildung. Aber Bildung ist nicht auf materiell-technische Ausstattung zu reduzieren. Bildung ist vielmehr der anregungsreiche, die Kreativität und soziale Kompetenz der Kinder befördernde Umgang mit ihnen.

Schauen Sie in die einschlägige Landesverordnung vom 2. August 2004! Da heißt es ausdrücklich im Paragraphen 1 Absatz 2 Satz 1: „Die Mittel ... sind von den Trägern von

Kindertageseinrichtungen“ – es geht um die 7 Millionen Euro – „... für zusätzliche ... Ausstattungen zu verwenden. Dazu gehören insbesondere Spiel- und Lernmaterialien“ – und jetzt kommt es – „sowie Aufwendungen für zusätzliche Lernangebote.“

Bildung vollzieht sich über den gesamten Tag, im Wald bei Naturbeobachtungen, im Zoo beim Betrachten und Sprechen über Tiere, im Museum, in der Schwimmhalle beim Schwimmkurs, in der Musikstunde beim Flötespielen, Liedersingen und so weiter. Bildung erwerben Kinder durch das Begreifen der Welt mithilfe einer gut gebildeten und hoch motivierten Erzieherin oder einem hoch motivierten Erzieher.

Wer das nicht versteht, kann natürlich auch nicht verstehen, dass der Wert des gesetzlich fixierten Anspruchs auf vorschulische Bildung im Gesetz, dessen Umsetzung über den Rahmenplan und über die pädagogischen Programme der Kitas gerade darin besteht, allen Kindern den Zugang zu diesen zusätzlichen Lernangeboten zu sichern. Wir kennen aus den Jahren vor der Einführung der vorschulischen Bildung den Begriff der Bezahlangebote. Eltern, die es finanziell vermochten, haben ihr Kind zum Schwimmkurs geschickt, andere eben nicht. Bereits im Kindergarten begann die Segregation, die Ausgrenzung der Kinder aufgrund der sozialen finanziellen Situation ihrer Eltern. Bezahlangebote machen nach Kürzung der Mittel für die vorschulische Bildung wieder von sich reden.

Es kann aber noch einen zweiten Grund geben, warum die Koalitionäre all diese Hinweise missachten. Und dieser Grund für die Kürzung der Mittel zur vorschulischen Bildung könnte darin bestehen, dass den Akteuren der Koalition die soziale Situation der Kinder im Land nicht ausreichend bekannt ist oder aber, dass sie es ablehnen, diese zur Kenntnis zu nehmen. Traurige und beschämende Realität ist es, dass die Zahl der Kinder in unserem Land durch Hartz IV sich schlagartig mehr als verdoppelt hat. Diese Einschätzung stammt übrigens vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und bestätigt nochmals die Auffassung meiner Fraktion: Hartz IV ist Armut per Gesetz! Heute leben in unserem Land, das sich nach Ankündigungen der Koalitionäre zum familien- und kinderfreundlichsten Land der Bundesrepublik entwickeln soll, circa 35 Prozent der unter 15-jährigen Kinder in Familien, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII, also Hartz IV erhalten, und weitere 15 Prozent der unter 15-jährigen Kinder leben in Familien, deren Eltern zu Geringverdienern gehören.

Damit steht Mecklenburg-Vorpommern nicht an der Spitze, sondern am Schluss bezüglich der sozialen Situation aller bundesdeutschen Flächenländer. Regional äußert sich das darin, dass für diese Kinder der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Elternbeiträge und auch nach Paragraph 21 Absatz 6 des KiföG die anteiligen Verpflegungskosten übernimmt. Im Landkreis Uecker-Randow beträgt der Anteil dieser Kinder sogar über 70 Prozent. Diese Kinder leben in beziehungsweise am Rande der Armut.

Armut, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Armut, das ist zunehmend der unzureichende Zugang zu den anregungsreichen, impulsgebenden Einrichtungen wie Kita, Bibliotheken, Musikschulen, Theater, Sportvereine. Armut, das ist ein Ausgeschlossenwerden, ein Ausgeschlossensein. Armut ist Isolation, Armut ist Ausgrenzung. Kindertagesförderung, das kann Inte-

gration sein, Kindertagesförderung kann ein Beitrag zur Chancengleichheit und Armutsbekämpfung sein. Dann müssen allerdings die Angebote umfassend und allen Kindern gleichermaßen zugänglich sein. Die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung der Mittel für die vorschulische Bildung ist ein deutlicher Schritt gegen die chancengleiche Entwicklung unserer Kinder. Lediglich ein Teil der Eltern wird durch die geplante Elternbeitragsbefreiung entlastet und alle Kinder werden durch die Reduzierung der Bildungsangebote belastet.

Eltern, die Leistungen nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII, also nach Hartz IV erhalten, werden überhaupt nicht entlastet. Ihre Kinder jedoch werden durch die Wiedereinführung von Bezahlangeboten ausgegrenzt. Bildung wird partiell privatisiert, und das bereits im Kindergarten. Wir bitten Sie unter diesem Aspekt um Unterrichtung, wie Sie angesichts der sozialen Lage der Kinder im Land tatsächlich einen Beitrag leisten wollen, um diese Situation endlich zu verändern, um die Situation für Kinder zu verbessern und nicht weiter zu verschlechtern. Ich bitte Sie, dass Sie vielleicht auch beim Antrag auf Unterrichtung darstellen, wie jetzt kurz vor Einführung der von Ihnen geplanten Maßnahmen diese auch praktisch umgesetzt werden sollen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Harry Glawe, CDU: Also das ist wirklich
beratungsresistent. Das ist nicht zu fassen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Linke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Die Fraktion DIE LINKE hat mittlerweile Punkt 2 Ihres Antrages zurückgezogen. Das ist gut so, das hätte sie mit dem ganzen Antrag tun sollen

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Dann setzen Sie sich mal wieder hin! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Nur Ihre Anträge sind klasse, das wissen wir ja.)

oder besser noch ihn gar nicht erst einbringen. Zu Punkt 3, jetzt Punkt 2, wird Minister Sellering noch etwas sagen. Ich beziehe mich daher hauptsächlich auf Punkt 1.

Unter der Überschrift „Finanzierung der Kindertagesförderung muss chancengleiche Entwicklung für alle Kinder sichern helfen“ legt die Fraktion DIE LINKE uns einen Antrag vor, bei dem es sich meiner Auffassung nach um ein reines Nachkarten handelt. Frau Dr. Linke hat es ja auch ausführlich beschrieben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Zum
Glück ist nicht jeder Ihrer Meinung.)

In ethischer Breite sind gerade zu Punkt 1 dieses Antrags immer wieder die Auseinandersetzungen in diesem Haus geführt worden. Die Fraktion DIE LINKE versucht, mit ihrem Antrag ein Thema am köcheln zu halten. Das kann endlos so weitergehen. Wir werden sie dabei aber nicht unterstützen. Die Oppositionsfraktion DIE LINKE

kann offensichtlich nur schwer ertragen, dass die Koalitionsfraktionen, obwohl von gänzlich unterschiedlichen Positionen kommend, zu einem Kompromiss gefunden haben,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Dann tun Sie ihn doch endlich!
Dann setzen Sie ihn doch endlich um!)

der von den Fraktionen auch durchgetragen wurde.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nun
setzen Sie es doch endlich um! –
Harry Glawe, CDU: Sie können
es ja gar nicht mehr abwarten.)

In einem demokratischen Prozess ist es nicht nur üblich, seine eigenen Vorstellungen und Überzeugungen einzubringen, sondern das ist auch gut so.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist gut so. – Zuruf von
Irene Müller, DIE LINKE)

Und ebenso natürlich ist es, dass unterschiedliche Menschen unterschiedliche Ideen und Meinungen auch vertreten. In einem demokratischen Prozess und in einer Koalition – erinnern Sie sich daran, wie es war – arbeitet man lang daran, hier die größtmögliche Übereinstimmung hinzubekommen. Das Ergebnis liegt vor, ob es Ihnen schmeckt oder nicht.

Minister Sellering hat mehrfach ausgeführt, dass er die geplante teilweise Befreiung der Eltern von den Kosten der Kindertagesförderung im letzten Kindergartenjahr als einen Beitrag im Rahmen der derzeit zur Verfügung stehenden Mittel zur chancengleichen Entwicklung der Kinder des Landes sieht, dies also nur ein Schritt ist, dem weitere folgen müssen und auch werden. Meine Fraktion teilt diese Auffassung. Er muss dies aber nicht in Endloschleife auf jeder Landtagssitzung tun und ich hoffe sehr, dass er auch heute darauf verzichtet.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Landesregierung braucht daher Ihre Aufforderung auch nicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE greift mit Ihrem Antrag eine Problematik auf, die auch meine Fraktion von Anfang an sehr aufmerksam verfolgte. Wir haben gestern an dieser Stelle ja auch schon sehr ausführlich diskutiert über die Problematik KiföG und ich glaube, unsere Beschäftigung wird auch in den nächsten zwölf Monaten von ihr bestimmt sein. Frau Linke hat sehr ausführlich die Schwachpunkte der jetzigen vorliegenden Novellierung dargestellt und ich glaube, da ist auch nicht so sehr viel hinzuzufügen, dass man einfach sagen kann, SPD und CDU haben versprochen, die Eltern zu entlasten. Aber die jetzige Idee, die rausgekommen ist, Herr Glawe, die war nicht so richtig, die ist nicht Fisch und nicht Fleisch.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben
sogar Ihre Art noch angenommen.)

Ja, aber ich glaube, dass da wenige Eltern des Mittelstandes ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage es jetzt mal, die Eltern, die arbeiten, haben wenig Entlastung. Und, Herr Glawe, da haben Sie mir ja noch was versprochen. Da hoffe ich ja noch drauf, dass auch die Eltern, die arbeiten gehen, doch auch eine Entlastung erfahren,

(Harry Glawe, CDU: Das müssten
Sie eigentlich loben. Herr Grabow,
das müssten Sie eigentlich loben.)

weil ich glaube, bei den jetzigen sind diese Eltern nicht dabei. Ich habe auch gestern noch mal gesagt, ...

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ich kenne noch keine Richtlinie, aus der man
erkennen kann, dass es überhaupt funktioniert.)

Na, wir sind ja im Ausschuss teilweise auch schon informiert worden. Also ein bisschen was wissen wir schon.

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, Ihr Antrag muss ja einen Sinn haben. Sonst würde er heute ja gar keinen Sinn haben, wenn wir schon alles genau wissen. Nicht?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Die Träger würden sich freuen,
wenn sie es genauer wissen würden. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gut.)

Die Frage ist, glaube ich, deutlich geworden und das bitte ich auch noch mal die beiden Koalitionäre zu überlegen. Also ich glaube, in der Anhörung ist deutlich rausgekommen, dass die Kürzung von diesen 2 Millionen ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, Herr Glawe, gucken Sie mich an, das ist einfach so. Das steht schwarz auf weiß draufgeschrieben und man muss das deutlich sagen, ganz emotionslos.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE – Zuruf
von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Die Träger haben es gesagt. Im Endeffekt werden diese 2 Millionen dazu führen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass, wenn die Kitas das Angebot beibehalten, die Elternbeiträge steigen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und das ist genau kontraproduktiv, was Sie wollen. Das heißt, auf der einen Seite kürzen Sie und auf der anderen Seite geht es drauf.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben
das Kita-Finanzierungssystem
aber noch nicht verstanden.)

Nee, das macht ja nichts. Aber ich sage jetzt mal eines, und das können Sie einfach auch nicht wegstreichen, denn da gibt es so viele Protokolle, in denen Ihnen das auch noch vorgerechnet wurde.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und Sie brauchen mir das ja nicht zu glauben, aber ich glaube, es gibt genug Stellungnahmen.

(Harry Glawe, CDU: Das hat mit Finanzierung aber wenig zu tun, was Sie hier sagen.)

Insofern bin ich gespannt, was Sie nachher beitragen, wie Sie das Problem der inhaltlichen Gestaltung regeln wollen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der FDP und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Egbert Liskow, CDU: Warten Sie mal ein bisschen, bis Herr Grabow zuhören kann. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Finanzierung der Kindertagesförderung muss chancengleiche Entwicklung für alle Kinder sichern helfen“ heißt der Antrag der LINKEN. Wenn man sich die einzelnen Punkte ansieht, so muss man zumindest zum Punkt 2 feststellen, dass DIE LINKE nicht mal den Haushalt gelesen hat.

(Birgit Schwabs, DIE LINKE: Oh, oh, oh, oh! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wieso?
Wo haben Sie das denn versteckt, Herr Glawe?)

Also ich sage Ihnen mal, Ihnen müsste zumindest aufgefallen sein, dass es ein Kapitel 1027 im Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern gibt, also im Haushalt 10 des Doppelhaushaltes, in dem diese Positionen aufgeführt sind. Insgesamt sind 40 Millionen vorgesehen für die nächsten fünf Jahre. Und für das Jahr 2008/2009 will ich Ihnen die Zahlen noch mal nennen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das haben wir schon beim Haushalt mitdiskutiert. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

da Sie die wahrscheinlich noch nicht gefunden haben. Das sind 6,847 Millionen Euro und im Jahre 2009 sind es 6,71 Millionen Euro. Damit wird gerade im Krippenbereich durch die Bund-Länder-Vereinbarung sichergestellt, dass Investitionen bereitstehen, und das sind Mehrausweisungen im Haushalt durch Unterstützung von Bundesmitteln und nicht Minus, wie Sie immer behaupten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist ja eine Milchmädchenrechnung.
Sie haben alles zusammengeschmissen.)

Meine Damen und Herren, es geht in erster Linie darum, eine Umsteuerung zugunsten von Familien, von erziehenden Eltern zu schaffen, und das hat diese Koalition vorbereitet. Das haben wir verhandelt und ich bin dem Sozialminister sehr dankbar, dass er in der letzten Anhörung und nach der letzten Anhörung im Ausschuss auch noch mal der LINKEN einen Brief zugestellt hat, in dem alle Dinge klargestellt sind. Dieser Antrag ist absolut entbehrlich, meine Damen und Herren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Wir werden alle Familien, die Kinder haben, vor Eintritt in die Grundschule mit 70 bis 80 Euro in diesem Jahr entlasten. Das heißt, die Familien haben netto – netto, meine

Damen und Herren – mehr im Portemonnaie. Wir werden Hartz-IV-Empfängern das Essen finanzieren, also für Kinder vom nullten bis zum sechsten Lebensjahr. Dafür stehen insgesamt 20,5 Millionen Euro zur Verfügung. Auch das noch mal zu Ihrer Behauptung, die 2 Millionen sind das Ende der Welt. Das sind sie garantiert nicht.

Meine Damen und Herren, wir sind insgesamt auf einem guten Wege. Wir wollen und wir müssen uns auch um die Frage der Qualität kümmern.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Dazu ist das Motto „Lebenslanges Lernen“ wichtig. Der Bildungsminister hat dazu eine Projektgruppe eingerichtet und an einer Bildungskonzeption vom nullten bis zum zehnten Lebensjahr wird gearbeitet. Gleiches oder Ähnliches wird der Sozialminister auch tun. Also in dieser Frage sind wir viel weiter in unserem Denkansatz und in unseren Zielen, als Sie als LINKE es je waren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ha!)

Meine Damen und Herren, die wichtigste Frage in Punkt 3 Ihres Antrages ist ja der Frage wahrscheinlich geschuldet, dass Sie davon ausgehen, dass die Kommunen diese Aufgaben erfüllen. Das wird nicht der Fall sein. Die Frage der Konnexität wird nicht die entscheidende Rolle spielen. Ich glaube, der Sozialminister wird dazu noch einiges sagen. Deswegen will ich ihm nicht alles vorwegnehmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da habt ihr euch wohl abgestimmt?)

Nein, überhaupt nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach!)

Meine Damen und Herren, gehen Sie davon aus, dass für die Zukunft auch die Frage auf der Tagesordnung steht, wie kriegen wir über die Qualität einen besseren Betreuungsschlüssel organisiert. Und das ist die entscheidende Frage, die in den nächsten Jahren beantwortet werden muss. Herr Grabow, noch mal zu Ihrer Intention, wie das mit den Berechnungen von Schlüsseln ist.

(Hans Kreher, FDP: Jetzt sind wir
aber gespannt. Jetzt sind wir gespannt.)

Was gibt das Land denn aus? Das Land hat zur Finanzierung einen Deckelbetrag für die Kitas ausgegeben: im Jahre 2007 von 82,5 Millionen Euro, im Jahre 2008 von 80,1 Millionen Euro und im Jahre 2009 werden es 85,8 Millionen sein. Das heißt, zusätzlich ins System kommen 4,9 Millionen Euro. Und da redet DIE LINKE wieder vom Minus. Also ich frage mich immer, wo Sie und was Sie aus diesem Haushalt herausziehen. Das kann einfach nicht sein. Sie sind eigentlich nur dabei, die Öffentlichkeit laufend zu täuschen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das stimmt doch gar nicht!)

Sie sind auch dabei, die Erzieher zu täuschen, und alles das wird durch die Medien noch transportiert. Da frage ich manchmal auch, ob die Medien nicht etwas mehr Verantwortung hier in dieser Frage übernehmen müssten,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wollten Sie etwa die Medien kritisieren,
Herr Glawe? Das ist ja völlig neu.)

um auch konkret reinzuschauen,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

was ist denn eigentlich verabredet und was steht im Haushalt an harten Fakten und Zahlen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

Da erwarte ich auch eine seriösere Berichterstattung, als immer nur populistische Forderungen der LINKEN in diesem Land zu verbreiten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Medienkritik hat sich schon immer
gelohnt, Herr Glawe.)

Das kann auf Dauer nicht richtig sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, so ist es. Die Verhandlungen laufen ja auch wie folgt: Das Land gibt einen Deckelbetrag an die jeweiligen Kreise. Die Gelder werden verteilt. Es gibt dann die Möglichkeit, dass die Träger mit den Gemeinden verhandeln, um dann einen Gesamttagesatz auszuhandeln, der, wenn er nicht auskömmlich ist, beim Schiedsgericht eingeklagt werden kann, und zwar beim Landkreis, meine Damen und Herren. Die Sachen sind völlig klar geregelt. Und jeder Kita-Träger muss natürlich auch seine Kosten offenlegen, die er im letzten Jahr hatte, um in neue Verhandlungen, zu neuen Preisen et cetera zu kommen. Dann ist natürlich auch die Bremse da, denn die Belastung der Eltern, der Familien kann nicht ins Unermessliche gesteigert werden. Und das ist der Spagat, in dem wir uns bewegen. Aber das ist eine Sache, die zwischen Trägern, Wohnsitzgemeinde und Landkreis auszuhandeln ist. So ist das Gesetz gestrickt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wissen wir, Herr Glawe.)

Ja, aber Sie tun ja immer so, als wenn da überhaupt nichts ankommt, als wenn wir als Land uns völlig raushalten. Ich sage Ihnen noch mal die Zahl:

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir stützen in diesem Jahr die Kita-Kosten mit 84,1 Millionen Euro. Der Minister hat gestern richtig dargestellt, wir geben mehr Geld aus für Kita-Betreuung als das Land Nordrhein-Westfalen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist ja ein Vergleich.)

Und dieses Land hat immerhin 17 Millionen Einwohner und Sie wissen, dass wir rund 1,6 bis 1,7 Millionen haben. Also von daher, meine ich, steht Mecklenburg-Vorpommern nicht schlecht da,

(Egbert Liskow, CDU: Sehr gut sogar.)

und ich meine, Sie sollten eigentlich Ihren Antrag zurückziehen. Das wäre für uns, für das Land und für alle viel besser. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Irene Müller, DIE LINKE: Sie stellen
das aber ganz schlecht dar. – Zurufe
von Torsten Koplin, DIE LINKE, und
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Um das Wort hat jetzt gebeten der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN ist überschrieben mit „Finanzierung der Kindertagesförderung muss chancengleiche Entwicklung für alle Kinder sichern helfen“. Da kann man nur sagen, ja, das muss so sein. Die Finanzierung muss so ausgerichtet sein, dass sie diese Aufgabe erfüllen kann.

Ich habe gestern schon gesagt bei dem Antrag der FDP, dass wir ein gutes KiföG haben, ein gutes Gesetz haben, aber dass wir es weiter verbessern müssen. Und wir haben gestern schon darüber gesprochen, dass dies ein schwieriger, langwieriger Prozess sein wird, bei dem ich bitte, dass alle mithelfen. Ich verstehe Ihren Antrag, der dem Antrag der FDP ein wenig folgt, jetzt so, dass Sie ebenfalls positiv daran mitarbeiten wollen. Darüber freue ich mich.

In der Sache, glaube ich, müssen wir die Diskussion von gestern nicht wiederholen. Deshalb würde ich mich gern mal nur auf Ihren Antrag beziehen. Punkt 1 Ihres Antrages scheint mir die immer gleiche Diskussion zu sein, das immer gleiche Eingehen auf eine punktuelle Änderung des KiföG, die wir jetzt machen. Und ich will Ihnen das gerne noch einmal erläutern. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, wenn wir uns diesen Fragen auf einer möglichst sachlichen Ebene nähern und sachlich miteinander kommunizieren.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Wir haben für eine bestimmte Aufgabe bisher in einem Topf 7 Millionen gehabt und wir haben für diese Aufgabe demnächst in zwei Töpfen 11 Millionen Euro. Es geht also um die Grundrechenarten: Ist sieben mehr als fünf plus sechs?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Diese Frage habe ich hier schon mehrfach angesprochen. Frau Linke, Sie haben dazu gesagt, dass Sie sich diesem Thema immer weiter gebetsmühlenartig nähern wollen. Ich möchte Ihnen sagen, dass die Gebetsmühle kein Kommunikationsmittel ist,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

sondern die Gebetsmühle ist ein Mittel, sich selbst in Trance zu versetzen. Und ich glaube, das tun Sie in der Tat bei diesem Thema.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das macht sie. –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Sie werden sich noch wundern. –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber zu dem, was vielleicht – vielleicht! –

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Angelika Gramkow, DIE LINKE)

für den einen oder die andere von Ihnen neu ist, etwas sagen, nämlich zu der Frage, die hier angesprochen worden ist, dass die Landesregierung selbstverständlich dafür Sorge trägt, dass die Veränderungen, die wir vornehmen, zum nächsten Schuljahr dann auch greifen.

Zunächst einmal zum Datum hier, Sie sagen 01.08. Wir haben als Koalition immer gesagt, wir wollen es zum nächsten Schuljahr umsetzen, und zwar Schuljahr deshalb – auch wenn es um Kita geht –, weil es ja das letzte Jahr in der Kita ist, sodass ein Jahrgang nachrückt, wenn der andere in die Schule geht. Und deshalb ist es hier sinnvoll, den 01.09. zu wählen. Das vorab.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das werden Sie gar nicht schaffen,
weil die Träger erst einmal ausrechnen
müssen, wie es wirklich funktioniert.)

Das Zweite ...

Natürlich. Nein, natürlich. Wenn Sie lebenswürdigerweise zuhören würden, kann ich Ihnen das ganz im Einzelnen erklären.

Der nächste Schritt, über den wir reden ...

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Wenn Sie Klartext reden würden,
könnte man Ihnen auch zuhören.)

Liebe Frau Gramkow! Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ja, nichts mit Frau Gramkow! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

auf sachlicher Ebene miteinander kommunizieren heißt nicht nur, dass ich Ihnen etwas Kluges sage, sondern dass Sie auch zuhören. Sonst klappt das nicht mit der Kommunikation.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie kündigen ja nur immer an. –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ja, aber das ist schwer.)

Sender und Empfänger, das ist die Kommunikation.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ich habe Sie heute schon im Radio gehört, das hat gereicht.)

Die erste Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen, mit der wir uns beschäftigt haben: Das, was wir da positiv tun, was die Koalition unter großen Anstrengungen hinbekommen hat – zu helfen beim Mittagessen und bei der Entlastung der Elternbeiträge –, das werden wir nicht durch Gesetz umsetzen müssen. Es wird nur so sein, da bitte ich auch alle, die konstruktiv mitarbeiten, wenn wir die große KifÖG-Änderung machen, möglicherweise wird man dann überlegen, ob das, was wir jetzt in Form von Richtlinien machen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ah ja?)

in Form eines Fonds, ob das dann in die Gesamtkonzeption einer gesetzlichen Regelung einzubetten ist.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Also im Moment ist kein Gesetz nötig, aber langfristig müssen wir das überlegen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Der nächste Punkt ist der, den Sie hier angesprochen haben, Landkreise und kreisfreie Städte. Das war in der Tat die erste wichtige Frage. Wir wickeln die gesamte Finanzierung sonst über die Kreise und kreisfreien Städte ab. Da gibt es einen großen Topf, in dem vergleichsweise sehr viel Geld ist, wie wir alle wissen, und den dann die kreisfreien Städte und Landkreise verteilen. Ich wollte

und möchte auch weiterhin den Landkreisen möglichst wenig Bürokratie zumuten. Ich möchte das, was wir hier tun, möglichst flach, mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand umsetzen.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und deshalb ist es richtig, nicht den Kommunen zu sagen, hier habt ihr den Millionenbetrag und setzt das mal organisatorisch um, sondern wir haben sehr schnell Entwarnung gegeben.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die beiden kommunalen Spitzenverbände waren darüber sehr froh und haben gesagt, nein, mit euch haben wir in dieser Frage nichts zu tun, sondern wir reden mit den Betroffenen.

Die Betroffenen sind bei der Entlastung die Einrichtungen. Und wenn man bei den Einrichtungen dafür sorgen will, dass die Eltern im letzten Vorschuljahr, sagen wir 75 Euro, das ist im Moment so die Planung, 70 bis 80, 75 Euro pro Monat weniger bezahlen,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Wir sind einen Monat vorher,
das ist alles noch in Planung.)

dann ist das sehr einfach umzusetzen bei den Trägern. Dann ist das sehr einfach umzusetzen ...

Ich glaube, die Frage interessiert Sie überhaupt nicht!

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie stellen einen Antrag und Sie wollen überhaupt nicht wissen, was wir tun. Also ich will es Ihnen trotzdem weiter erklären.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Und dann ist es sehr einfach, weil alle Träger natürlich mit EDV-Programmen arbeiten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Den Weg kennen wir schon, das ist das Problem.)

und einfach eingeben, dass für diejenigen Kinder mit einem bestimmten Geburtsdatum, die dem letzten Jahrgang angehören, der Beitrag automatisch um 75 Euro ermäßigt wird. Auf diese Weise haben wir sozusagen null Bürokratie.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, und wo kriegen wir das Geld denn her?)

Das Geld kriegen sie von uns. Selbstverständlich. Natürlich wird geguckt, wie viel Kinder das sind. Da werden im Vorhinein Gelder zur Verfügung gestellt, Frau Schwebs.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, und die fordern sie dann wo ab? Bei den Landkreisen? Oder wo fordern sie die ab? –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Also wir können gerne diese Stunde hier nehmen und ein bisschen normale Umsetzung von Bürokratie gerne erörtern.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Machen wir ein bisschen Fortbildung!)

Aber das sind doch nur ganz normale Antragsverfahren, die dahinter abgewickelt werden, wo bestimmte Zahlen da sind und so weiter.

(Irene Müller, DIE LINKE: Die Träger haben keine Zeit mehr für Ihre Anträge. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Reden Sie doch mit den Trägern, mit denen wir schon geredet haben, dann werden Sie merken, dass da wenige Probleme sind.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Welche denn? – Angelika Gramkow, DIE LINKE: Zum Beispiel mit der Kita GmbH in Schwerin. Die rechnet das gerade für Sie.)

Also wenn wir mit denen reden, führen wir sachliche Gespräche und reden nicht in einem vielstimmigen Chor auf sie ein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Das ist wahrscheinlich das, warum unsere Kommunikation etwas besser gelingt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das geht als Einzelner auch schlecht.)

Also: Eine völlig einfache, sehr kluge Lösung, um auf diese Weise zu Ermäßigungen zu kommen, die ganz leicht umzusetzen sind. Und wir werden das in ähnlicher Weise beim Mittagessen machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja? Da bin ich ja sehr gespannt.)

Und ich will nur eins hier deutlich hervorheben: Wenn wir demnächst über Finanzierung von KiföG reden, dann glaube ich, dass das, was wir hier tun, was wir hier strukturell tun, dass das etwas ist, über das wir insgesamt beim KiföG nachdenken müssen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das muss beantragt werden. Die Träger haben keine Zeit mehr.)

Wir müssen möglichst wenig von dem Geld, was wir haben, in die Hände der Eltern geben. Das geht doch nicht. Es ist im Moment noch so, dass die Zuschüsse, die die Kommunen beim Mittagessen zahlen, den Eltern ausgereicht werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Seit Wochen erzählt er uns den gleichen Kram.)

Und ich halte das nicht für richtig, sondern ich halte für richtig, dass wir Kindern, die das sonst nicht bezahlen können, weil deren Eltern das nicht bezahlen können, einfach ermöglichen, für einen ermäßigten Betrag das Mittagessen zu kaufen. Da muss überhaupt kein Geld fließen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir sollten ihn doch mal fragen, wie die Abteilung besetzt ist.)

Ich könnte Ihnen das im Einzelnen erklären, aber ich glaube, der Gedanke ist sehr klar geworden. Sehr einfach: Es geht nicht darum zu sagen, ich gebe dir 1,50 Euro, damit du 2,50 Euro bezahlen kannst, sondern ich sage, du musst nur noch 1,00 Euro bezahlen. Und dann fließt kein Geld und es kann kein Geld im Portemonnaie der Eltern bleiben, ohne dass das Essen bei den Kindern ankommt. Ich glaube, das ist der wichtigste Punkt dabei,

den werden wir umsetzen und ich hoffe, dass Sie das positiv begleiten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich habe nächste Woche Jugendhilfeausschuss, da werde ich das hören, was alles vom Ministerium gekommen ist.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kinder bis zum dritten Lebensjahr brauchen vor allem Geborgenheit und Liebe. Jede noch so gute Fremdbetreuung kann dieses nicht ersetzen. Ein Sprichwort lautet: „Gebranntes Kind scheut das Feuer“. Daraus folgt, dass Menschen aus Erfahrungen lernen können und bemüht sind, zumindest unangenehme Erfahrungen kein zweites Mal zu machen. Empfinden Kinder bereits im Kleinkindalter mangelnde Liebe und Geborgenheit, prägt sie diese Erfahrung für ihr ganzes Leben.

In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen auch einmal den Besuch der Weltnetzseite „Familie ist Zukunft“. Dort, Frau Tegtmeier, finden Sie unter anderem die Ergebnisse der IPSA-Studie, wonach über 80 Prozent der Befragten die Erziehung durch die Eltern dagegen für am besten halten. Richtig kritisch, Frau Tegtmeier, wird es für Sie, wenn man auch die weiteren Zahlen aus dieser Umfrage auf das politische Handeln bezieht.

Erst wenn Frauen und Männer, die sich für die Erziehung und Familienarbeit entscheiden, nicht verarmen, besteht echte Wahlfreiheit und Gleichberechtigung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

69,2 Prozent der Frauen würden ihr Kind in den ersten drei Jahren selber und zu Hause erziehen, wenn man ihnen das Geld gäbe, was ein Krippenplatz kostet.

(Irene Müller, DIE LINKE: Oh, das ist doch die Rede von gestern.)

Falsch, Frau Müller.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein, ich habe genau zugehört. Aber wortwörtlich!)

Dass Kinder Zukunft bedeuten, dass Kinder Zukunft bedeuten, ist mehr als eine Binsenwahrheit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er erzählt doch jeden Tag denselben Quatsch.)

Und immer, wo Mittel für Bildung, hier also für vorschulische Bildung der Kleinsten, gestrichen werden, handelt man gegen diese Zukunft und vernachlässigt bewusst das Wohl der Kinder.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Landesregierung hat endlich einmal Antworten zu geben, wie sie die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen verbessern und stärken möchte. Eine Unterrichtung durch die Landesregierung, ihre Erklärungsnot und ihre Erklärungsversuche scheinen daher tatsächlich von hohem Interesse zu sein. Wir haben jedoch den begründeten Zweifel, dass die Neigung der Koalition zu dieser Unterrichtung weniger ausgeprägt sein dürfte.

Meine Fraktion begrüßt die Unterrichtung und falls das Plenum sich wider Erwarten für die Unterrichtung aussprechen wird, sind wir auf den Bericht der Landesregierung gespannt. Und darum werden wir im Interesse der Kinder für den Antrag stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen meine Sicht auf die Dinge darstellen und dies aus der Sicht eines Landkreises untersetzen. Und das traue ich mir schon zu, denn ich bin seit zwei Jahren Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses im Landkreis Bad Doberan, arbeite seit 1994 mit den Kita-Trägern gemeinsam im Ausschuss

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Endlich mal ein Bericht aus der Praxis.)

und mir sind die Umsetzungsprobleme des KiföG durch die Verwaltung sehr wohl bekannt und auch vertraut.

Und in dem Falle, Frau Tegtmeier, ist unser Antrag eben kein Nachtreten, sondern er hat die Befürchtungen der Träger aufgenommen. Es sind reale Einschränkungen im Angebot notwendig, wenn diese Gesetzesänderung so kommt. Oder die Kinder werden nur noch gegen Bezahlung an diesen Kursen teilnehmen können, die die Träger ansonsten kostenfrei zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Oder man legt das Ganze eben als eine Umlage auf alle Elternbeiträge, die dann doch wieder steigen werden.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Genau, siehe Anhörung!)

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuss hat bereits am 7. November im letzten Jahr die Fachleute zum Thema Ausbau der vorschulischen Bildung oder Elternbeitragsbefreiung und Zuschuss oder Kostenübernahme des Mittagessens gehört. Und am 21. April hat der Sozialausschuss noch einmal die Fachleute zu dieser geplanten Änderung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes gehört. Ich will Ihnen, meine Damen und Herren Minister, und Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, gleich zu Beginn meiner Rede sagen: So viel Ignoranz zu einer Problematik, die klar und deutlich auf dem Tisch liegt, habe ich in der Politik dieses Landes selten erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Die Anzuhörenden haben schon im November und jetzt noch einmal darauf hingewiesen, dass die Kürzung der Mittel für die vorschulische Bildung rechtswidrig und kontraproduktiv ist. Und sie haben einstimmig die Kürzung der Mittel für die vorschulische Bildung insgesamt abgelehnt und stattdessen wie im KiföG festgeschrieben gefordert, die Sicherung und den Ausbau der vorschulischen Bildung voranzutreiben.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Und darum geht es nämlich, Herr Glawe, nicht um das Ende der Welt, sondern darum, dass etwas fortgeführt wird,

(Harry Glawe, CDU: Ja, aber Sie beschreiben es doch jeden Tag.)

dass etwas fortgeführt wird, was sich bewährt hat, was nicht nur politisch für gut befunden wurde, sondern was sich in der Praxis bewährt hat, was Eltern wollen, was Erzieherinnen wollen und was auch die Träger wollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Lesen Sie die Stellungnahmen und die Protokolle oder sprechen Sie mit den Kita-Betreibern!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Glauben Sie, dass sie freiwillig auf Geld verzichten?)

Da ist es egal, ob sie privat sind, ob sie kommunal sind oder ob sie frei sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Statt deren Empfehlungen und Probleme aufzugreifen, wenden Sie sich ab und marschieren koalitionsvertragsgetreu in die falsche Richtung,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

weil hier nämlich ein Wahlversprechen der CDU um jeden Preis –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aus Ihrer Sicht die falsche, weil Sie mit den Eltern nichts am Hut haben.)

auch wenn es sich als populistisch erweist – umgesetzt werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Harry Glawe, CDU:
Das ist doch Ihr Thema.)

Herr Jäger, Sie wissen ganz genau, in welchem Fettnäpfchen wir gegessen haben mit unserem Wahlversprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Egbert Liskow, CDU: Ja, richtig.)

Und wir haben es begriffen. Wir haben verstanden, was die Träger gesagt haben, und haben mit ihnen gesprochen und haben eine gute Lösung gefunden, die für alle akzeptabel ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Für die Anschubfinanzierung war
das ja okay. Sie kriegen ja heute mehr.)

Aber das, was Sie machen, das ist also die Ignoranz in Hochform.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Sie sind durch das Land gezogen.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind nicht flexibel.)

Sie sind 2006 durch das Land gezogen und haben gesagt, wir haben hier eine rot-rote Diktatur der Mehrheit, haben das angeklagt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war so.)

Und was Sie jetzt mit dem KiföG machen und der vorschulischen Bildung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war so. –
Egbert Liskow, CDU: Das war immer so. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das ist eine Koalition der Ignoranz.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Sie ignorieren die Wünsche der Eltern, die Erfahrungen der Erzieherinnen,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

die Bedürfnisse der Kita-Träger und auch die Realitäten in unserem Land, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Reden Sie doch mal zu Ihrem Antrag.)

Und Ihnen geht es entgegen aller Bekundungen nicht um die vorschulische Bildung, es geht Ihnen gar nicht um die Kinder. Sie wollen die Eltern erreichen,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist eine Unverschämtheit. –
Harry Glawe, CDU: Unerhört!)

denn nur die Eltern gehen wählen. Darum geht es Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Dr. Armin Jäger, CDU: An diesem Pult nur zu lügen, bringt doch auch nichts. Das bringt doch wirklich nichts. Reden Sie mal zu Ihrem Antrag!)

Und diese Botschaft, meine Damen und Herren,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Ja, reden Sie mal zu Ihrer Kindereinrichtung.)

geht auch explizit an den Sozialminister. Durch die Kürzung der Gelder sind wir entgegen allen Beschwörungen und Verlautbarungen eben nicht auf einem guten Weg in ein Kinderland Mecklenburg-Vorpommern. Sie, Herr Minister, kündigen mindestens seit November 2007 Veränderungen an, immer wieder neue, und haben wertvolle Zeit verstreichen lassen, in der es möglich gewesen wäre, rechtzeitig im Interesse der Kinder liegende Änderungen im Gesetz herbeizuführen.

(Harry Glawe, CDU: Dann können Sie noch vier Wochen abwarten, dann kommt das doch.)

Die Träger können keine vier Wochen mehr warten, Herr Glawe, und auch die Verwaltung nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Deshalb nämlich haben die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Kita-Träger bis heute keine konkreten Informationen, geschweige denn Richtlinien über die erst zum 1. August geplanten Änderungen. Heute hören wir – schön, dass wir es heute gehört haben –, es gibt zum 01.09. die Veränderungen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Zum ersten Mal.)

Ich war am Montag bei verschiedenen Kita-Trägern, habe über den Antrag mit ihnen geredet. Sie haben gesagt, sie wissen nichts. Zwei Landkreise, zwei Verwaltungen, mit denen ich geredet habe, sie haben gesagt, sie wissen überhaupt nichts. Und bei einem neuen Träger wurde mir dann gesagt, ja, wir haben es aus der Zeitung, und der Landkreistag hat ja auch was gesagt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
So viel zur Kommunikation. – Zuruf
von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es soll ein neues Antrags- und Nachweisverfahren geben.

(Harry Glawe, CDU:
Na, sie wissen ja doch was!)

Wir wissen jetzt gar nicht, wo wir das Geld herkriegten, aber wir machen das auch noch mal. Das ist der Beitrag dieser Koalition zum Bürokratieabbau.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und noch etwas: Auch zum Bundesinvestitionsprogramm, zur Kinderbetreuungsfinanzierung liegen den Kommunen bis heute keinerlei Richtlinien vor.

Im Landkreis Bad Doberan, meine Damen und Herren, nehmen fast 100 Prozent der Kinder am Vorschuljahr teil. Und die Ursache dafür, dass einige Kinder im Alter von fünf Jahren zu Hause betreut werden und eben nicht am Vorschuljahr teilnehmen, liegt bei uns im Kreis eher darin, dass Familien im ländlichen Raum nur ein Fahrzeug haben und die Kinder mit einem Halbtags- oder Teilzeitplatz nicht nach vier oder sechs Stunden von den Eltern abgeholt werden können, weil nämlich das andere Elternteil mit dem Auto zur Arbeit gefahren ist.

Und auch die teilweise Befreiung der Eltern von den Betreuungskosten wird an dieser Situation nichts ändern, weil sie eben kein Beitrag zur Chancengleichheit ist, sondern nur ein Signal der rot-schwarzen Koalition an die Eltern.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja wieder am Leben vorbeigedacht, was Sie da erzählen.)

Und auf die Situation im ÖPNV, den man vielleicht in der Großstadt nutzen kann, um sein Kind abzuholen, will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Aber auch das ist ein Teil des Problems der chancengleichen Entwicklung in unserem Lande.

Was mehrfach auch in den Anhörungen gefordert wurde und ich auch in vielen Gesprächen mit freien Trägern erfahren habe, das ist ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, welcher aus mehreren Gründen sinnvoll und im Interesse der Kinder wäre. In den Anhörungen und Stellungnahmen wurde auch deutlich, dass es einer Senkung des Betreuungsschlüssels sowie der Sicherung und des Ausbaus der Fach- und Praxisberatung bedarf,

(Harry Glawe, CDU: Was ist denn nun los?)

die aus Mitteln der vorschulischen Bildung finanziert wird.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt überhaupt nicht, was Sie da erzählen.
Das ist ja nicht zu fassen.)

Ich habe doch wohl die Protokolle gelesen, Herr Glawe! Und im Finanzausschuss war ich selbst dabei.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja.)

Es wurde darauf hingewiesen, dass gerade auch Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden müssen, und es wurde auf den drohenden Personalmangel hingewiesen. Das sind alles Probleme, zu deren Lösung man das geplante Landesgeld gut einsetzen könnte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Irgendwie sind Sie aufgeschreckt. Komisch. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Im Landkreis Doberan, meine Damen und Herren, werden in den nächsten Jahren fast 50 Prozent der Erzieherinnen in den Ruhestand gehen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es werden in unserem Land aber zu wenige Erzieherinnen ausgebildet und diese nehmen dann wegen der besseren Bezahlung oftmals Arbeit in den alten Bundesländern an.

Der Landkreistag und andere haben darauf hingewiesen, dass die Mittelkürzung für die vorschulische Bildung mit Blick auf die Fach- und Praxisberatung einen enormen Einschnitt darstellt. Und auch, wenn das Sozialministerium auf meine Kleine Anfrage aus dem Februar dieses Jahres negativ antwortete, die Mittel, die für die Fachberatung in diesem Jahr zur Verfügung stehen, sind gekürzt, und auch, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen, wenn Sie im Haushalt anderes gesehen haben.

Ich weiß, wie ich im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses mit den Trägern gemeinsam überlegt habe, wie sie mit weniger Geld trotzdem die Fachberatung in diesem Jahr in hoher Qualität absichern können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, vielleicht brauchen sie mehr Fachberater.)

Der Landkreistag weist, wie andere Anzuhörende auch, darauf hin, dass die Mittelkürzung entweder eine Einschränkung des Angebots für die Vorschulkinder oder eine Platzkostensteigerung nach sich zieht. Auch der Städte- und Gemeindetag verwahrt sich gegen die Kürzung der Mittel für die vorschulische Bildung und gegen das Verfahren. Er spricht sich sogar wie andere Anzuhörende auch und wie im Gesetz festgeschrieben für den Ausbau und die Aufstockung der Mittel aus.

Ich komme zum Schluss und weise zum wiederholten Male darauf hin, dass die Kosten der Kindertagesförderung für die Gemeinden und die Eltern durch die steigende Inanspruchnahme in der letzten Zeit deutlich gestiegen sind. Aber all das, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen, ignorieren Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Frau Schwebs.

Jetzt hat noch einmal um das Wort gebeten Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Da wird es auch nicht besser. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will eigentlich nur mit einem Fakt hier noch mal aufräumen. Es wurde ja gerade behauptet, dass die Fachberater gekürzt werden.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Nicht die Fachberater, die Mittel!)

Das ist ja also weit, weit am Leben vorbei.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie hören nie zu, Herr Glawe.)

Die Fachberater sind voll ausfinanziert,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Ministerin Sigrid Keler)

sie sind keiner Kürzung unterlegen und das wissen Sie auch.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie erzählen so, wie es Ihnen passt.)

Sie machen hier wieder einen Vortrag, der mit dem Leben nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich empfehle Ihnen noch mal, in den Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Haushaltsplan 10, zu gucken.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dass alles nicht wahr ist, das ist aber komisch.)

Da sind Fachberater nicht gekürzt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, und in Bad Doberan mag es wieder irgendwelche besonderen Probleme geben, die aber mit diesem Haushalt nichts zu tun haben.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Nein, das ist nichts Besonderes, das ist generell so. – Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist auch in Parchim so.)

Die Fachberater haben sich auch überhaupt nicht beschwert und es ist völlig klar, dass nur das gekürzt wird, was als Anschubfinanzierung über vier Jahre lang jetzt ausgestattet worden ist

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Irene Müller, DIE LINKE: Und das ist auch falsch, das ist auch gesagt worden.)

und vier Jahre müssen ja wohl gereicht haben, um eine Grundausstattung in allen Kitas zu haben, und zwar in ganz Mecklenburg-Vorpommern.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Kein Mensch redet von der Ausstattung. – Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Ja, so ist es. Und das, was Sie jetzt machen, ist purer Populismus, ist wieder Täuschung der Öffentlichkeit.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Irene Müller, DIE LINKE)

Es wird wieder versucht, ein Thema aufzugreifen, was es gar nicht gibt, was überhaupt nicht zu besprechen ist,

(Irene Müller, DIE LINKE: Lesen Sie sich mal die Anhörungsunterlagen durch.)

was auch in der Praxis nie ein Thema war.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das stimmt doch gar nicht!)

Aber dafür ist DIE LINKE ja in diesem Land bekannt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wer lesen kann, ist echt im Vorteil. – Irene Müller, DIE LINKE:
Ignoranz, nichts weiter als Ignoranz.)

Es wird alles hochgezogen und hat mit der praktischen Arbeit an der Basis überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Fachberater leiten auch die Kitas an, die Gruppenleiter et cetera.

(Irene Müller, DIE LINKE: Eine Anhörung war keine Basis oder was?)

Alles das wird in diesem Land geleistet und vorgehalten durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich wieder etwas zu beruhigen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das fällt schwer.)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe also die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1542 abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? –

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das fällt ihnen alles auf die Füße.)

Wer enthält sich? –

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1542 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD, Gegenstimmen aus den Fraktionen der SPD und CDU sowie Enthaltungen aus der Fraktion der SPD, der FDP und, ich glaube, auch der CDU abgelehnt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist so.)

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1496 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? –

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Na, dann warten wir bis zum Gesetz.)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1496 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Konzept zur Sicherung der Steilküsten an der Küste des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/1502. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1533 vor.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Konzept zur Sicherung der Steilküsten an der Küste des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/1502 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der NPD
– Drucksache 5/1533 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann das an dieser Stelle sehr kurz machen und darüber freue ich mich außerordentlich. Das will ich ganz deutlich für meine Fraktion und auch für mich hier persönlich sagen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bedanke mich dafür, dass es eine große Mehrheit hier in diesem Hohen Hause gibt, die die Ernsthaftigkeit dieses Themas genauso sieht wie meine Fraktion und wie ich persönlich es sehe. Ich bedanke mich ausdrücklich bei meinen Rügäner Kollegen und will deutlich machen, dass es eben nicht nur ein rügäner und schon gar nicht ein hiddenseer Problem ist, worüber wir reden, sondern wir reden über die gesamte Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern.

Und ich will mich gleichzeitig bedanken bei den Arbeitskreisleitern in der Großen Koalition und auch bei den Ausschussvorsitzenden sowohl des Verkehrsausschusses als auch des Landwirtschaftsausschusses.

(Udo Pastörs, NPD: Die schwere Arbeit in den Ausschüssen.)

Ich bin gespannt und freue mich auf die Debatte, die wir dann in den Ausschüssen auch führen werden, und schon gar nicht, das will ich hier ganz ausdrücklich in der Runde sagen, schon gar nicht bedarf es eines Änderungsantrages der rechten Seite. Die brauchen wir überhaupt nicht bei diesem Thema,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

sondern wir brauchen uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin!

(Udo Pastörs, NPD: Wie geht das denn?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Sie möchten noch was ergänzen?

Gino Leonhard, FDP: Wir haben noch Redezeit, Herr Pastörs. Ja, Sie kennen die Geschäftsordnung nicht.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Ja, Frau Präsidentin. Im Namen meiner Fraktion ziehe ich diesen Antrag zurück. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Was ist denn das jetzt? – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war gut so. – Gino Leonhard, FDP:
Wir danken, Herr Methling. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, ganz gut war es nicht, weil wir eine Lösung brauchen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs, ich brauche von Ihnen keine Belehrungen über die Auslegung der Geschäftsordnung. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Da der Einbringer der FDP-Fraktion soeben diesen Antrag wieder zurückgezogen hat, ist der Tagesordnungspunkt damit beendet.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 28**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Wahlfreiheit durchsetzen: Einführung eines Müttergehaltes in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/1483.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Wahlfreiheit durchsetzen: Einführung eines
Müttergehaltes in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/1483 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Menschen mit Kindern leben länger – so eine Studie von norwegischen Forschern. Dennoch erlebt unser Volk den demokratischen Super-GAU. Wir beklagen hier im Land allenthalben immer wieder neu einen zunehmenden Bevölkerungsschwund. Die einen wandern aus,

(Reinhard Dankert, SPD: Andere wandern ein.)

fliehen vor den Verhältnissen. Von den anderen, die bleiben, entscheiden sich immer weniger für ein Kind. Die Folge ist eine demografische Ausdünnung, wie sie unser Land in seiner Geschichte allenfalls aus Kriegen kennt. Wir müssen uns das einmal vor Augen halten. Die zunehmende Geburtenverweigerung von jungen Frauen und Männern ist nicht zuletzt auch eine Reaktion auf Ihre Politik, meine Damen und Herren der Systemparteien.

Diese Gesellschaft, für die Sie verantwortlich sind, deren Rahmenbedingungen Sie seit sechs Jahrzehnten bestimmen, ist so erbärmlich, dass ein heute 20-Jähriger seinen Nachkommen nicht mehr zumuten will, darin zu leben. So erbärmlich ist die Umwelt, ist das System, welches Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die jungen Eltern entscheiden sich gegen Kinder. Ihre Lebensplanung lässt das gar nicht mehr zu. Sie haben ein Wirtschaftssystem wie in den USA geschaffen, in dem es nicht mehr genügt, wenn ein Elternteil in der Familie arbeitet. Es genügt ja oft noch nicht einmal mehr, eine Arbeitsstelle zu haben, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Da muss man dann schon nachts noch einen zweiten Arbeitsplatz – Sie nennen das dann „Job“ – übernehmen. Vielleicht ist „Job“ schon der passende Ausdruck, denn Arbeit sieht anders aus.

Zu Recht stellt die „Junge Freiheit“ in ihrer aktuellen Ausgabe fest, dass der familienpolitische Diskurs in Deutschland sich in den letzten zwei, drei Jahren auf die Krippenfrage verengt hat. Man denkt nur noch in arbeitsmarktnützlichen Kategorien. Sie haben eine totale Verwirtschaftlichung aller Lebensbereiche vollzogen, als deren Folge die Familien auf der Strecke bleiben. Es zählt in dieser Gesellschaft nur das, was Kasse macht. Deshalb wird auch Kinderbetreuung – übrigens ebenso wie die Betreuung der Alten – zum Wirtschaftsfaktor. Dort, wo einst familiäre Zuwendungen und Liebe den Weg ins Leben und den Weg aus dem Leben heraus begleitet haben, regieren jetzt staatlich anerkannte Erzieher und Sterbebegleiter. Was vorher ein Dienst am Menschen war – ohne materielle Gegenleistung – ist jetzt nur noch freier Markt.

Das ist ja ohnehin Ihr Götzchen. Sie können es nicht vertragen, dass eine Mutter gleichzeitig Fahrerin, medizinische Betreuerin, Seelsorgerin, Köchin, Animateurin und was weiß ich noch ist.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Eine Berufung, die mit keiner anderen Arbeit vergleichbar ist, daraus sind jetzt viele steuerpflichtige Arbeitsstellen – „Jobs“ – geworden, mit denen Sie nicht nur die Erwachsenen im Griff haben, denn die Mutter arbeitete ohne Verordnungen, der Erzieher ertrinkt darin, sondern auch die Kinder, die Sie nun besser gleichschalten können. Was auch immer Sie in Ihrer Familienpolitik betreiben, es ist eine einzige, groß angelegte Täuschung.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Unter dem Begriff „Emanzipation“ wollen Sie die Familien zerstören. Nicht umsonst, Sie haben das ja hier schon an anderer Stelle in Bezug auf die unsäglichen kranken Gender-Projekte diskutiert, verschleiern Sie diese Absicht immer wieder, weil Sie nämlich wissen, dass die Menschen dies gar nicht wollen. Mütter und Väter wollen in Wirklichkeit ihre Kinder nicht gleich nach der Abnabelung in die Hände des Staates geben.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Wer möchte schon – und das machen Sie – zur Zeugungs- und Gebärmachmaschine degradiert werden?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, das wollen Sie mit den Frauen machen.)

Das ist Ihre Politik, Herr Professor. Sie wollen nur Kinder haben, die dann wieder in den Wirtschaftskreislauf reinkommen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie mit Ihrem reaktionären Frauenbild.)

Noch ist die Familienpolitik nicht in den Bereichen des Landwirtschaftsministeriums angesiedelt. Mütter und Väter möchten sich in der überwiegenden Mehrzahl um ihre Kinder kümmern. Dies ist ein Teil unseres Lebensabschnittes.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wir bringen uns selbst um viele Erfahrungen. Und wenn wir auf den Umgang mit Kindern verzichten, erleben wir es ja, dass die Kinder letztendlich hilflos sind.

(Angelika Peters, SPD: Ja, wenn Sie
vor mir stünden, wäre ich auch hilflos. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der SPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und Ihre Politik macht die Kinder damit immer ärmer. Es ist eine schlechte Notlüge, wenn man immer wieder behauptet, dass Kinder auch ohne die engen Bindungen zu Vater und Mutter aufwachsen könnten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, wer behauptet denn das? –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie wollen doch die Kinder mit wenigen Monaten schon in die Krippe entgleiten lassen und damit die Mütter wieder fürs Kapital arbeiten lassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was erzählen Sie denn da? Was erzählen Sie denn da? – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Und nachts werden die ins Gefängnis eingesperrt, oder was?! – Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind doch alles Wahnideen.)

Nun, wir Nationaldemokraten wissen, dass es durchaus Situationen geben kann, wo es notwendig ist, wo Kinder der Krippenbetreuung bedürfen, weil etwa nur ein Erziehungsberechtigter da ist oder weil man eben auf eine zweite Einkommensquelle angewiesen ist. Dabei möchte ich aber besonders betonen, dass es aus unserer Sicht meist Zwänge sind, die die Eltern dazu bringen, ein einjähriges Kind in fremde Obhut zu bringen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Haben Sie schon mal davon gehört, dass Arbeit auch Freude machen kann? – Dr. Armin Jäger, CDU: Genau. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nein, das passt ja nicht in sein Familienbild. – Zurufe von Raimund Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Weil dies so ist, halten wir unseren Vorschlag, nämlich ein Müttergehalt einzuführen, geradezu für zwingend. Mütter verdienen ein Gehalt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: BDM, BDM.)

Dieses Müttergehalt soll den Zwang nehmen, sich gegen das Kind entscheiden zu müssen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

1.000 Euro, das ist ja noch nicht einmal ein hoher Betrag, der da für diese Leistung angesetzt wird.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Mütter verdienen ein Gehalt. Das müsste nach Lage der Dinge sogar noch viel höher sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach, so verhindert die NPD Arbeitslosigkeit!)

Aber immerhin! 1.000 Euro wären ein Anfang.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Dieses Müttergehalt würde schließlich auch etwas mehr Ehrlichkeit in die Diskussion bringen.

(Karin Strenz, CDU: Was ist mit den Vätern?)

Sie wollen ja den Menschen immer nur erzählen und predigen, was gut für sie ist. Da behaupten Sie nun also immer wieder, es sei für die Kinder viel besser, wenn sie nicht im abgeschlossenen Zuhause groß würden, sondern in Erziehungsanstalten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Also ein Unsinn! Das ist ja!)

Da würde man ja viel mehr Eindrücke bekommen und viel schneller selbstständig werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wo sind Sie eigentlich groß geworden?)

Sagen Sie doch, dass Sie damit meinen, man kann damit viel schneller die Menschen so zurechtbiegen, wie Sie das für Ihr System wollen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Durch welche Erziehungsanstalt sind Sie denn gegangen?)

Sie wollen die Menschen gleichschalten und Sie tarnen das dreisterweise noch als Selbstbestimmung und Emanzipation. Sie reden Leuten immerzu ein, was sie tun und was sie lassen sollen. Haben Sie doch einmal den Mut, wagen Sie doch einmal Demokratie und lassen Sie auch die Mütter in der Familienplanung und -gestaltung allein entscheiden!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das tun sie doch.)

Das tun sie nicht,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach, natürlich!)

weil die Frauen, wenn sie sich für ihr Kind entscheiden, verarmen.

Dass Sie bei Wahlen Angst vor unliebsamen Kandidaten haben, die Ihnen vielleicht die Stimmen wegnehmen könnten,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja. – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Hans Kreher, FDP)

das habe ich ja nun schon am eigenen Leib erfahren können. Aber bei der Familiengestaltung, da lassen Sie doch die Leute frei wählen. Lassen Sie die doch wählen, ob Mutter oder Vater zu Hause bleiben

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und sich in den ersten Jahren selbst um die Erziehung des Kindes kümmern oder ob sie ihre Kinder in staatliche Betreuungseinrichtungen stecken wollen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Hören Sie doch mal mit Ihren Vorurteilen auf! – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich betone, Mütter und Väter, damit Sie hinterher nicht wieder Ihre Lügengeschichten über die angebliche Fraueneindringlichkeit der NPD verbreiten können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der Staat nach Ihrem Bilde, der wäre schön, ja?! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und sagen Sie vor allem nicht wieder, es sei kein Geld für so etwas da. Sie geben doch Millionen aus, um die nationale Opposition mit kriminellen Methoden hier im Land zu bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Das untersetzen Sie mal mit Beweisen. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Es geht ein Gespenst um.)

Diese Gelderklärung, das ist ja auch immer sehr beliebt. Da heißt es dann: Natürlich wäre so etwas wünschenswert, aber es ist nicht bezahlbar. Ein Müttergehalt, meine Damen und Herren, ist bezahlbar, denn Sie müssen mir mal eines erklären, vielleicht bei der Erwidern. Jetzt gehen Sie doch nicht wieder aufs Dritte Reich, das ist schon 60/65 Jahre her,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: In der Zeit leben Sie doch! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, Karin Strenz, CDU, und Hans Kreher, FDP)

gehen Sie doch mal auf den Antrag ein und erklären Sie in der Erwiderung, geben Sie uns eine plausible Antwort,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

warum der Staat für Eltern, die ihr Kind fremdbetreuen lassen, 1.000 Euro aufwenden kann und bei einer Mutter oder einem Vater, die dies selbst erledigen, nicht? Ein Krippen- oder Kita-Platz, ein Hortplatz kostet mindestens 1.000 Euro monatlich, bei einer guten Betreuung mit einem kinderfreundlichen Erzieuerschlüssel eher noch mehr. Alles, was wir wollen, ist Wahlfreiheit. Die Eltern sollen selbst entscheiden und wir sind uns sicher, dass sie sich für die Mutter- oder Vaterrolle entscheiden würden. Wenn Sie sich so sicher sind, dass Ihre Krippen und Horte so beliebt sind, dann können Sie den Menschen ja frei wählen lassen.

Noch einmal zusammengefasst, und damit komme ich zum Schluss:

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wir haben schon Ihre Botschaft verstanden.)

Die Landesregierung wird aufgefordert, ab dem 1. Januar 2009 ein voll zu versteuerndes und sozialabgabenpflichtiges Müttergehalt ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Köster, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Einbringungszeit ist abgelaufen.

Stefan Köster, NPD: ... für diejenigen Elternteile einzuführen, die keine Fremdbetreuung im Hort wünschen und die keiner anderen Erwerbstätigkeit nachgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffnete die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen Abgeordnete! Von den demokratischen Fraktionen dieses Hauses bin ich gebeten worden, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Ich kann mich dafür eigentlich nicht bedanken, weil es mir sehr schwerfällt, dies zu tun,

(Udo Pastörs, NPD: Dann lassen Sie es doch! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ich muss nämlich permanent meinen Brechreiz unterdrücken bei dem Gedanken an diesen Antrag und vor allen Dingen nach dem, was Herr Köster hier gerade eben vortragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist genau das, was Sie wollen.)

Ich finde es sehr bezeichnend, dass ausgerechnet die Herrenfraktion sich für die Interessen von Frauen starkmachen will.

(Udo Pastörs, NPD: Weil Sie es nicht tun! –
Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

In Sachsen, wo dieser Antrag von Ihnen auch schon im Landtag gestellt worden ist, konnten Sie wenigstens eine Frau Abgeordnete nach vorne zur Einbringung schicken.

(Stefan Köster, NPD: Hätte ich mir einen Rock anziehen sollen? –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

Hier haben Sie nur Herrn Köster, jemanden, der auf wehrlos am Boden liegende Frauen eintritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Stefan Köster, NPD: Ja, erzählen Sie doch nicht! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Herr Jäger, da stimme ich Ihnen zu.

Hier in Mecklenburg-Vorpommern, wie wir wissen, hüten nämlich die NPD-Frauen daheim die Kinder und bekochen die feinen Herren,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

damit sie stark genug sind für ihren täglichen Kampf gegen die Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Und am Sonntag durften sie flanieren im offenen Schloss. –
Udo Pastörs, NPD: Da haben wir sie rausgelassen, Professor Methling.)

Wir erinnern uns noch alle an die dankenden Worte von Herrn Pastörs an die Frauen daheim im Rahmen der NPD-Wahlparty. Wie sagten Sie noch gleich? „Vielen Dank für das Hemdenbügeln und Essenzubereiten.“ – Widerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Michael Andrejewski, NPD: Na und? Gebügelte Hemden sind doch nicht so schlimm. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Ebenso wissen wir um das reaktionäre Frauenbild der NPD. Besonders deutlich ist das in Ihrem Antrag vom Februar dieses Jahres geworden.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Darin wurde das Einstellen sämtlicher Gender-Mainstreaming-Programme auf Bundes- und Landesebene gefordert. In der Antragsbegründung wurde dann auch die irrige Phantasiewelt der braunen Abgeordneten mehr als deutlich. Da ist etwa von einer „biologisch bestimmten Rollenverteilung“ die Rede.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wir können keine Kinder kriegen. Das ist schwierig für Herren.)

In seinem Redebeitrag zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Anfang 2007 sprach Herr Pastörs über ein „gesundes Frauentum“ und darüber, wie die Emanzipation die Weiblichkeit tötet. Und genau das ist das Frauenbild der NPD.

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen aus Frauen Gebärmaschinen und Sklaven der Wirtschaft machen. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, und genau das wollen Sie:

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD:
Ja, das ist das, was Sie wollen.)

die deutsche Mutter als deutsche Gebärmaschine.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Und in Ihrem Antrag aus Sachsen und aus der Rede von Herrn Köster wurde das noch mal ganz deutlich. Hier wird das Müttergehalt gefordert, weil Deutschland unmittelbar ein Bevölkerungszusammenbruch droht.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, den Sie provozieren mit Ihrer Politik. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die wahnwitzige Angst, dass die Deutschen aussterben!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Deshalb sollten in Sachsen auch nur deutsche Mütter von dem Gehalt profitieren.

(Udo Pastörs, NPD: In Deutschland deutsche Mütter, in anderen Staaten ihre eigenen Programme. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Von diesem radikalen Nationalismus blieb dann auf dem Weg von Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern einiges auf der Strecke. Ob das, Herr Pastörs, Ihren Parteifreunden so gefällt?

(Michael Andrejewski, NPD:
Das lassen Sie unsere Sorge sein.)

Ihr weichgespülter Antrag macht allerdings das dahintersteckende Ansinnen keinen Deut besser, denn was Sie hier betreiben, ist populistische Augenwischerei. Sie versprechen den Familien im Land sozialpolitische Wohltaten,

(Udo Pastörs, NPD: Die Sie nicht leisten.)

ohne auch nur ansatzweise eine solide Gegenfinanzierung aufzuzeigen.

(Udo Pastörs, NPD: Da machen Sie sich mal keine Gedanken.)

Aber genau das macht gute Oppositionsarbeit aus.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber an konstruktiver parlamentarischer Tätigkeit sind Sie ja ohnehin nicht interessiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Ihr Ansinnen ist es, dem Elternteil, welches sein Kind zu Hause betreut, 1.000 Euro netto für jedes erstgeborene Kind zu zahlen.

(Udo Pastörs, NPD: Jeden Monat wollen wir das zahlen, nicht nur beim erstgeborenen, jeden Monat.)

Was ist aber mit den Familien, die arbeiten wollen oder müssen und ihr Kind in eine Krippe oder in den Kindergarten bringen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat ja der NPD-Schatzmeister schon mal angespart.)

Die von Ihnen propagierte finanzielle Gleichsetzung mit Familien, die ihre Kinder tagsüber betreuen lassen, ist absoluter Nonsens. Was ist denn mit den arbeitssuchenden Müttern und Vätern?

(Udo Pastörs, NPD: Ja, denen sollten Sie mal Arbeit geben.)

Ja, was wollen Sie denn jetzt? Wollen Sie, dass die arbeiten oder wollen Sie, dass die die Kinder betreuen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Lassen Sie sie doch mal entscheiden, ob sie arbeiten gehen oder für die Kinder da sein wollen.)

Das ist nicht wahr. In Ihrem Antrag steht ganz klar: Die Mütter sollen zu Hause bleiben.

(Stefan Köster, NPD: Zu Hause bleiben? Da spinnen Sie sich aber was zusammen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Reese, bitte einen kleinen Moment.

Meine Herren von der NPD, ich bitte, die Zwischenrufe tatsächlich auf kurze zu beschränken. Sie haben noch Redezeit. Das Wort hat die Rednerin.

Sigrun Reese, FDP: Da findet doch keine finanzielle Gleichstellung statt. Ihre 1.000 Euro sind wohl eher ein Mutterkreuz in Geld,

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

eine Art Heimprämie für die deutsche Mutti am deutschen Herd.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

Und eines müssen Sie mir sowieso noch mal genau erklären: Wenn die Mütter mit dem Müttergehalt dann voll steuer- und sozialversicherungspflichtig sind, bei wem sind sie dann eigentlich angestellt? Beim Land, bei Herrn Selling?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bei Herrn Pastörs. – Peter Ritter, DIE LINKE: Beim braunen Riesen.)

Wie sieht dann diese Geschichte rein arbeitsrechtlich aus? 40-Stunden-Woche oder nur 37 oder 38?

(Udo Pastörs, NPD: Das wird Ihnen Herr Köster gleich erzählen. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was ist denn mit den Urlaubsansprüchen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wer regelt die Vertretung? Macht Herr Selling den Dienstplan für die Mütter im Land?

(Udo Pastörs, NPD: Nein, nein, das machen wir schon selber. – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das wird nach dem Führerprinzip gemacht, genau das.)

Und auf Ihre Rede eingehend: Ein Gehalt kriegt man eben für einen Job, und wenn ich die Mutterrolle als Job sehe, dann habe ich die falsche Einstellung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn junge Frauen im Land keine Kinder bekommen,
dann liegt das gewiss nicht an fehlenden Sozialleistungen,
im Gegenteil.

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!
Jedes dritte Kind verarmt in diesem Land.)

Junge Frauen verlassen das Land, weil es Ihnen an beruflichen
Perspektiven fehlt, Perspektiven eben, die genau
nicht darin bestehen, für 1.000 Euro daheim Kinder zu
hüten. Wenn wir etwas für junge Menschen im Land tun
wollen, dann müssen wir Bildungs- und Arbeitschancen
geben.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, warum tun Sie das
dann nicht? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Damit sie diese auch nutzen können, brauchen wir dann
eine gute Landschaft an Betreuungseinrichtungen. Landesregierung
wie Landtag befinden sich deshalb auch schon seit Jahren
in einem intensiven Arbeits- und Diskussionsprozess,
um Mecklenburg-Vorpommern familienfreundlicher zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit null Ergebnissen. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dieser Prozess ist gewiss nicht leicht und die Ansätze der
einzelnen Fraktionen sind unterschiedlich,

(Michael Andrejewski, NPD: Deshalb vergreist
das Land. Da können Sie zugucken.)

aber im Ziel sind wir Demokraten uns einig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Was unsere Frauen im Land allerdings überhaupt nicht
gebrauchen können, ist Ihre völkische Familienpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Genau das ist es.)

Junge Mütter brauchen Chancen, die ihnen auch mit
Kind den Zugang zu Arbeit und Bildung ohne Einschränkungen
erlauben.

(Udo Pastörs, NPD:
Sie nehmen ihnen ja die Chancen.)

Sie brauchen Rahmenbedingungen, dass vorhandene
Kinderwünsche ohne Karriereknick realisierbar bleiben.

(Udo Pastörs, NPD: Wo ist die Karriere hier
im Land? Wo ist die Karriere hier im Land? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie schaffen diese Rahmenbedingungen mit Ihren Forderungen
jedenfalls nicht. Deshalb werden wir Ihren Antrag
selbstverständlich ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Das kann nicht wahr sein.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau
Abgeordnete Reese.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die NPD-Fraktion
der Abgeordnete Köster.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und
Herren! Frau Reese, vielen Dank für Ihren liberal-extremistischen
– jetzt hätte ich beinahe Müll gesagt, das wäre ja unparlamentarisch
gewesen –,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

für Ihre Ausschweifungen, die jenseits der Realität sind.

Warum wollen denn 70 Prozent der infrage kommenden
jungen Frauen, die sich vorstellen können, Mütter zu werden,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

warum verlangen die denn das, was wir gesagt haben?
Sie möchten einen Ausgleich haben dafür, dass sie ihre
Kinder zu Hause betreuen, der in etwa in der Höhe liegt,
was ein Krippenplatz kostet. Genau das haben wir gefordert.

Ich glaube, was ich gesagt habe – Sie sind ja im demokratischen
Unsinn gefangen – hat Ihre Gehörgänge nicht erreicht und hat
wahrscheinlich Ihre Festplatte im Gehirn auch nicht erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Was wir wollen, ist endlich einmal eine Anerkennung dessen,
was die Mütter für die Volkswirtschaft und für unser Volk leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE:
Für die Volksgemeinschaft, meinen Sie,
Herr Köster, für die Volksgemeinschaft.)

Diese Anerkennung verweigern Sie den Müttern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nun ist es aber gut!)

Der Redebeitrag, um nur mal ein Beispiel zu nennen, ist mit dem
Ring Nationaler Frauen und der Gemeinschaft Deutscher Frauen
so abgestimmt worden.

(Unruhe und Gelächter
bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der Redebeitrag kam von unseren Frauen. Sie haben Angst
davor, was die Medien berichten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sieht man doch mal,
wo Sie Ihre Wurzeln haben.)

14 Prozent der Frauen wollen national wählen.

(Beate Schlupp, CDU:
Wie viele Frauen sind denn das? –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Jeder vierte Besucher von unseren Veranstaltungen sind
schon Frauen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sie halten wohl einen
NPD-Parteitag ab, was?! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

mit stark steigender Tendenz. Die Frauen fühlen sich in
ihrem liberal-extremistischen Kapitalismus nicht wohl,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Aber bei Frauenschlägern
fühlen sie sich wohl?! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

und deshalb ist die nationaldemokratische Partei hier auch in den Landtag gewählt worden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nehmen wir doch mal Ihren geistigen Müll, das Elterngeld, zur Hand.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Gerade beim Elterngeld werden die Frauen massiv diskriminiert, es werden nämlich nur die ganzen Karrieristen hier im Staat bevorzugt.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Beate Schlupp, CDU)

Die Mehrheit der Frauen bleibt auf der Strecke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was Sie hier
für einen Schwachsinn erzählen! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Hier sind zwingend Änderungen notwendig, die Sie den Frauen verweigern.

(Hans Kreher, FDP: Sie sprechen
für die Mehrheit der Frauen! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Herr Köster, der Frauenverstehler!)

70 Prozent der Frauen wollen das Geld haben, was ein Krippenplatz kostet. Das sind mindestens 1.000 Euro. Insofern sprechen wir für die Mehrheit der Frauen, Herr Kreher.

(Beate Schlupp, CDU: Ach so? –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Fragen Sie doch mal die Frauen.)

Sie bringen ja noch nicht mal die Mehrheit der Wähler zu den Wahlurnen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Der Landrat im Landkreis Ludwigslust ist von noch nicht einmal 25 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist die Bundesrepublik Deutschland, ein Staat, ein Politiksystem, was sich zum Glück am Abgrund befindet,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

und wir werden alles tun zum Wohle des deutschen Volkes, so, wie das Grundgesetz es vorschreibt, auch mitzuhelfen, dass wieder Politik für das Volk gemacht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Köster, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Stefan Köster, NPD: Ja.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Abgeordneter Köster, würden Sie mir darin zustimmen können, dass trotz aller Bedenken, die Ihre Rede hier ausgelöst hat, es überzeugender gewesen wäre, wenn die jemand gehalten hätte, der noch nie eine Frau getreten hat?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Jetzt erzählen Sie
doch mal, wie der Sachverhalt war.)

Stefan Köster, NPD: Sie kommen ja mit Ihren ganzen Leiern wieder an. Ich stelle es mal kurz richtig, was am 4. Dezember 2004 in Steinburg passiert ist. Da ist eine NPD-Wahlkampfveranstaltung von 70 Autonomen gestürmt worden. Was sich daraus entwickelt hat, ist ein Notwehrakt gewesen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Es war keine Frau, auf die ich eingetreten habe, es war eine Steinewerferin, mit der ich eine Auseinandersetzung hatte. – Vielen Dank.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Stefan Köster, NPD: Das war eine Gewalttäterin,
Herr Dr. Jäger. – Udo Pastörs, NPD:
Das war ein Eigentümer.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! ...

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war jetzt zu vernehmen. Ich konnte mir ja kaum noch Gehör verschaffen. Es ist schön, dass ich jetzt wieder vernünftig leiten kann. Vonseiten der NPD-Fraktion ist namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragt worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Ergebnis
können wir doch gleich so aufschreiben.)

Ich unterbreche kurz, damit wir hier die Vorbereitungen machen können.

Unterbrechung: 10.21 Uhr

Wiederbeginn: 10.22 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag auf der Drucksache 5/1483 namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Rudolf Borchert und
Dr. Marianne Linke werden nachträglich
zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für die Feststellung des Ergebnisses für zwei Minuten.

Unterbrechung: 10.26 Uhr**Wiederbeginn: 10.27 Uhr**

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 55 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 6 Abgeordnete, mit Nein stimmten 49 Abgeordnete, es enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1483 abgelehnt.

Ich eröffne damit den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Strategiekonzept Kinder- und Jugendtourismus weiterentwickeln, auf der Drucksache 5/1497.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Strategiekonzept Kinder- und
Jugendtourismus weiterentwickeln
– Drucksache 5/1497 –**

Das Wort zur Begründung für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Herr Holter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Ziel unseres Antrages ist es, dass noch mehr Kinder und Jugendliche in unser schönes Land Mecklenburg-Vorpommern kommen

(Udo Pastörs, NPD: Die hauen ab.)

und dass noch mehr Kinder und Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern die Chancen für Urlaub, Erholung, Freizeitgestaltung in unserem Land genießen können. Und deswegen kann man sich nur dem Motto anschließen, mit dem ja auch für die Kinder- und Jugendreisen 2008 geworben wird: „Auf nach Meck-Pomm.“

Sie können alle in den Zeitungen in den letzten Tagen lesen: „Jugendherbergen sind wieder in“, „Mehr Gäste in Jugendherbergen des Landes“ oder auch „Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern bei jungen Leuten beliebt“, ich hoffe, auch bei denen, die da oben heute als Zuschauer da sind. Über diese Schlagzeilen können wir uns freuen. Solche Schlagzeilen lassen vermuten, dass wir auf einem guten Weg sind. Und wir sind auf einem guten Weg, aber wir wollen einen weiteren Ausbau, wir wollen eine Qualitätsverbesserung. Da haben wir noch einiges zu tun.

Das liegt nicht zuletzt daran, welche Wertschätzung der Kinder- und Jugendtourismus in unserem Land erfährt. Ich bin der Überzeugung, er fristet nach wie vor ein Schattendasein. Jede zehnte Übernachtung in Mecklenburg-Vorpommern wird in den etwa 300 Jugendübernachtungsstätten gebucht. Mit insgesamt etwa 2,6 Millionen Übernachtungen pro Jahr hat der Aufenthalt in den Jugendübernachtungsstätten den gleichen Stellenwert wie der Campingurlaub in unserem Land. Ich meine, das sind gute Zahlen, aber das reicht nicht. Das ist ausbaufähig, denn der Marktanteil des Kinder- und Jugendtourismus am Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern liegt bei circa zehn Prozent.

Die Wurzeln für den Kinder- und Jugendtourismus sind sehr unterschiedlich. Bestimmt von den Ansprüchen sozialer Organisationen – wie beispielsweise der Arbei-

terwohlfahrt – ging es in den früheren Zeiten vor allem um Erholung, Wertevermittlung und Lernen. In jüngeren Zeiten steht der Kinder- und Jugendtourismus mehr unter dem Zeichen einer gewerblichen Reiseveranstaltung, quasi als gewerbliche Dienstleistung.

Im Jahr 2002 hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein Strategiekonzept Kinder- und Jugendtourismus Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Dieses Konzept ist Teil der Qualitätsoffensive und wurde 2006 durch den Bericht der Landesregierung „Kinder- und Jugendtourismus Mecklenburg-Vorpommern“ aktualisiert. Wie bekannt ist, liegt die Umsetzung dieses Strategiekonzeptes in der Hand der Arbeitsgruppe „Junges Land für Junge Leute“ des Tourismusverbandes.

Ich möchte an dieser Stelle denjenigen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Arbeitsgruppe, aber auch dem Landesjugendring für die geleistete Arbeit danken. Der Dank kommt nicht nur hier aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch auf der Internationalen Tourismusbörse 2006 und 2007 konnte diese Arbeitsgruppe ausgezeichnet werden. Im Rahmen der Youth-Incoming-Germany-Veranstaltung auf der ITB 2006 wurden die Sieger des Wettbewerbs der Weltjugendtourismusorganisation und der Messe Berlin zum besten touristischen Angebot verkündet. Damals belegte Mecklenburg-Vorpommern den zweiten Platz, in 2007 den ersten Platz. Das, glaube ich, soll hier gewürdigt werden. Wir haben damit auch eine gute Basis, wieder den Kinder- und Jugendtourismus weiterzuentwickeln.

Wir sind der Auffassung, dass eine umfassende Analyse notwendig ist, um das Strategiekonzept weiterzuentwickeln. Dafür schlagen wir einen Masterplan vor. Dieser Masterplan soll gleichermaßen die investive Entwicklung darstellen, aber auch die wirtschaftliche Sicherung der Übernachtungsstätten für die Kinder und Jugendlichen. Keinesfalls, und darum geht es uns, dürfen dabei die gemeinnützigen Übernachtungsstätten vernachlässigt werden. Es ist jedoch zu befürchten, dass genau diese gemeinnützigen Stätten benachteiligt werden, schaut man sich die Mittelfristige Finanzplanung des Sozialministers an. Denn ab dem Jahr 2010, so ist es in der Mittelfristigen Finanzplanung nachzulesen, wird es kein Geld mehr für die gemeinnützigen Einrichtungen geben. Sind es im kommenden Jahr noch 465.000 Euro, steht in der Mittelfristigen Finanzplanung für 2010 gar nichts mehr. Das kann meines Erachtens nicht sein. Diese Schiefelage wollen wir nicht zulassen. Deswegen unter anderem heute unser Antrag.

Im Bereich des Wirtschaftsministeriums stehen ausreichend finanzielle Mittel für die gewerblichen Einrichtungen zur Verfügung. Das ist unstrittig. Aber unsere Kritik richtet sich darauf, dass hier zulasten der gemeinnützigen Einrichtungen gespart werden soll. Wir haben bereits jetzt erhebliche Unterschiede in der Qualität der Einrichtungen bei den gewerblichen und gemeinnützigen Anbietern zu verzeichnen. Das kann man unter anderem an dem Beispiel der Barrierefreiheit deutlich machen. Gerade bei neu gebauten Einrichtungen – auch nach der Landesbauordnung – ist es notwendig, diese barrierefrei zu errichten. Aber bei älteren Häusern, und diese befinden sich in der Regel in gemeinnütziger Trägerschaft, fehlen oft die notwendigen Mittel, um Umbauten vorzunehmen, um sie barrierefrei zu machen oder auch andere qualitative Verbesserungen zu realisieren. Wir sind der Überzeugung, meine Damen und Herren, dass die Quali-

tätsschere nicht weiter auseinander gehen darf, ansonsten würde die Qualitätsoffensive Makulatur werden.

Auch junge Gäste, die Tourismusurlaub in Mecklenburg-Vorpommern wahrnehmen und genießen, erwarten Qualität und haben ihre Ansprüche. Wie bekannt ist, ist mit der Einführung des Qualitätssiegels für Jugendbeherbergungsstätten auch ein Markenzeichen gesetzt worden und die jungen Leute, die sich Ziele aussuchen in Mecklenburg-Vorpommern, schauen sehr wohl, ob die Einrichtung mit einem Zertifikat oder einem Gütesiegel ausgezeichnet wurde. Hinzu kommen auch thematische Angebote. Es geht auch hier um Pauschalreisen. Thematische Angebote wie Reiten, Surfen, Kanu, Kajak, Natur, Abenteuer und vieles andere mehr werden immer stärker nachgefragt. Es geht nicht nur darum, jemanden irgendwo zu beherbergen, sondern es geht um touristische Angebote.

Letztendlich wollen wir ja mit den jungen Leuten, die heute mit den Eltern oder auch selbstständig nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, Touristen von morgen werben. Deswegen ist der Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern eine doppelseitige Strategie. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche mehr nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, aber wir wollen sie natürlich auch davon überzeugen, dass sie als Erwachsene dann wiederum mit ihren Kindern bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub machen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Also es geht darum, einen nachhaltigen Eindruck bei den Kindern und Jugendlichen, die hier Urlaub machen, sich erholen, auch tatsächlich zu erreichen.

Die gemeinnützigen Einrichtungen befinden sich in der Regel gerade in den ländlichen Regionen. Deswegen ist der Einsatz für den Erhalt und den Ausbau dieser gemeinnützigen jugendtouristischen Einrichtungen auch ein Einsatz für die Stärkung der ländlichen Regionen, weil wir der Überzeugung sind, es geht auch an dieser Stelle um Arbeitsplätze. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass es hier einer Korrektur bedarf. Im Haushalt, in der mittelfristigen Finanzplanung und bei den nächsten Haushaltsberatungen werden wir uns ganz konkret dafür einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wir wollen aber auch, meine Damen und Herren, dass jeder die Chance hat, Urlaub zu machen. Jede und jeder meint, Inländerinnen und Ausländerinnen genauso wie Inländer und Ausländer, Menschen, Jugendliche mit Behinderungen und ohne Behinderungen, aber eben auch für alle sozialen Schichten unter dem Motto: „Urlaub für alle“. Deswegen geht es bei den gemeinnützigen Einrichtungen auch darum, Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem oder sehr geringem Einkommen diesen Urlaub zu ermöglichen.

(Udo Pastörs, NPD: Urlaub für alle!)

Ich weiß ja nicht, Herr Pastörs, ob Ihre Fraktion Einrichtungen unterstützt. Wir zumindest finanzieren den Aufenthalt eines Kindes aus einer Hartz-IV-Familie für den Sommerurlaub. Das macht bei uns jeder Abgeordnete. Wir werden alle aufgefordert. Ich weiß das auch von anderen Abgeordneten der SPD, für die anderen kann ich jetzt nicht sprechen. Da meine ich schon, das ist ein

guter Beitrag. Aber dieser Beitrag kann nicht ersetzen, dass wir entsprechende qualitative Angebote zu angemessenen Preisen haben, damit auch diejenigen, die sich aufgrund des Einkommens der Eltern einen solchen Urlaub, solche Ferien nicht leisten können, die Chance haben, in ein Ferienlager zu fahren. Ich meine, hier bedarf es einer Korrektur in der mittelfristigen Planung, die die Landesregierung vorgenommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Denn 200 bis 300 Euro sind eine unüberwindbare Hürde und wenn hier nicht, wie gesagt, durch Spenden oder Sponsoring unterstützt werden würde, würde so manche Klassenfahrt oder so mancher Ferienaufenthalt ausfallen. Das, glaube ich, ist nicht gut für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und noch für andere Dinge mehr.

Oft, und hier sind wir beim letzten Punkt unseres Antrages, geht es darum – und ich habe es eingangs gesagt –, dass die Schulklassen aus Mecklenburg-Vorpommern viel zu wenig die Möglichkeiten unseres Landes nutzen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Klassenfahrten sind in den letzten Jahren zurückgegangen, gerade in Einrichtungen unseres Landes. Das liegt nicht nur an den sinkenden Schülerzahlen, sondern wie wir festgestellt haben, hapert es mit der Verzahnung. Insbesondere sollte hier das Bildungsministerium eine koordinierende Funktion einnehmen, also über die Schulen – ich komme zum Schluss – entsprechende Angebote machen, damit unsere Kinder und Jugendlichen bereits heute ihr Land viel besser kennenlernen, damit sie sich dann mit diesem Land auch identifizieren können und Werberin und Werber für Mecklenburg-Vorpommern sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Holter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung in Vertretung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Bitte schön, Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Vertretung des Wirtschaftsministers trage ich wieder dessen Redemanuskript vor. Der Text lautet wie folgt:

Sehr geehrte Damen und Herren, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat entsprechend der Landtagsdrucksache 4/1172 dem Landtag den Bericht „Kinder- und Jugendtourismus Mecklenburg-Vorpommern 2006“ zu Anzahl, Ausstattung und Entwicklungspotenzialen des Kinder- und Jugendtourismus vorgelegt. Ausgangspunkt ist das Strategiekonzept Kinder- und Jugendtourismus 2006 bis 2010. Die Unterrichtung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Bericht wurde vom Kabinett in seiner 25. Sitzung am 11. Juli 2006 zur Kenntnis genommen und der Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern übersandt.

Meine Damen und Herren, der Kinder- und Jugendtourismus ist von strategischer Bedeutung für die touristische Entwicklung unseres Landes.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)

Das jugendtouristische Angebot umfasst gegenwärtig insgesamt 345 Einrichtungen. Die wirtschaftlichen Effekte des Kinder- und Jugendreisens sind heute schon bemerkenswert. Mit 2,6 Millionen Übernachtungen im Jahr haben die jungen Gäste einen Anteil von 9,9 Prozent an den Gesamtübernachtungen im Land. Mit einem Jahresumsatz von knapp 70 Millionen Euro spielt die Zielgruppe eine immer größere Rolle in unserer Tourismuswirtschaft. Im Kinder- und Jugendtourismus sind mit Saisonkräften rund 2.500 Mitarbeiter beschäftigt. Mecklenburg-Vorpommern hat inzwischen eine Vielzahl jugendtouristischer Einrichtungen mit hoher Qualität und gutem Angebot an hervorragenden Standorten. Es gibt aber immer noch Einrichtungen im Land, die nicht den heutigen Markterfordernissen entsprechen, und es sind weiterhin noch Marktlücken vorhanden. Die Nachfrage liegt derzeit insbesondere im Städtereisebereich mit kulturellen Angeboten. Zunehmend beliebt sind Erlebnisangebote in der Natur.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern baut den Kinder- und Jugendreisebereich aus, denn Kinder und Jugendliche sind in Mecklenburg-Vorpommern willkommen und unsere Gäste von morgen. Der Kinder- und Jugendtourismus ist jedoch sehr heterogen. Der Verteilungskampf um neue Zielgruppen hat begonnen und der Wettbewerb in Sachen Qualität befindet sich deutschlandweit noch in den Anfängen. Hier ist unser Land mit dem Qualitätsmanagement Jugendreisen Vorreiter. Auf dem Weg zu qualitativ hohen, doch zugleich auch preisgünstigen Angeboten im Kinder- und Jugendtourismus hat Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland Akzente gesetzt, die jetzt auch im Bundesstandard gelten. Die Einführung des Qualitätsmanagements Jugendreisen hat Transparenz in das Angebot gebracht. Auch gibt es in Deutschland – anders zum Beispiel als in Frankreich – keine gesetzlich vorgeschriebenen Standards im Jugendreisebereich. Deshalb war das Interesse auf Bundesebene hoch, das Qualitätsmanagement Jugendreisen einzuführen. Das erfolgte am 1. Januar 2007. Hierfür übergab der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern die Lizenz des Qualitätsmanagements Jugendreisen auf dem ersten Kinder- und Jugendreiseigipfel am 23.11.2006 in Berlin an das Bundesforum Jugendreisen.

Mit der Basiseinstufung wurden Mindeststandards für alle Betriebe dieser Branche festgeschrieben. Dazu gehören die Qualität der Unterkünfte, die Spiel- und Erlebnisangebote sowie die Betreuung. Die Zahl der qualitativ hochwertigen Einrichtungen ist im Land noch zu gering. Daher müssen die Ressorts zukünftig ihre Entscheidungen stärker als bisher hinsichtlich der Wirkungen auf den Kinder- und Jugendtourismus prüfen. Hilfreich ist es dabei, sich an folgenden, im Bericht Kinder- und Jugendtourismus 2006 formulierten Leitlinien zu orientieren:

- aktive Marktentwicklung, zum Beispiel Kinder- und Jugenddörfer Mecklenburg als neue Angebote
- Ausbau vorhandener Einrichtungen, zum Beispiel Schullandheime
- Professionalisierung des gemeinnützigen Marktes, zum Beispiel Schulungen der jugendtouristischen Einrichtungen im Qualitätsmanagement

- Integration im Tourismusmarkt, zum Beispiel bei Messeauftritten, Publikationen und bei Angeboten im Internet
- gemeinsames Marketing, zum Beispiel in der Broschüre „Auf nach Meck-Pomm“ und
- moderner Vertrieb, zum Beispiel per Internet und Ausbau des Veranstaltermarktes

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Landtagsdrucksache 5/1497, richtet sich als Aufforderung an die Landesregierung darauf:

1. einen Masterplan zur intensiven Entwicklung und wirtschaftlichen Sicherung der Übernachtungsstätten im Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten,
2. die Investitionsförderung insbesondere von gemeinnützigen Einrichtungen über das Jahr 2009 hinaus sicherzustellen,
3. eine deutlich engere und qualitativ bessere Verzahnung mit den Schulen des Landes zu Schul- und Klassenfahrten im eigenen Bundesland vorzunehmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Schon bei der Präsentation des ersten Strategiekonzeptes Kinder- und Jugendreisen durch die Arbeitsgruppe Qualitätstourismus, einem freiwilligen Zusammenschluss von Vertretern von Banken, touristischen Einrichtungen und Unternehmen, mit dem Ziel der Durchführung von Projekten, die zur Qualitätssteigerung im Tourismus Mecklenburg-Vorpommern beitragen, wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe initiiert. In ihr sind Ministerien, der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern, der DJH Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und der Verband der Schullandheime M-V neben anderen Verbänden und touristischen Einrichtungen vertreten. Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich hier vor allem mit der Qualität der Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus sowie den Servicedienstleistungen und dem Aufbau von Kooperationen mit anderen touristischen Anbietern. Sie tagt zweimal im Jahr im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus.

Für die Investitionsförderung im gewerblichen Bereich steht dem Wirtschaftsministerium das Instrument der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Verfügung. Hierüber wurden in diesem Jahr wieder preisgünstige Übernachtungsmöglichkeiten gefördert.

Die Erarbeitung eines Masterplans zur investiven Entwicklung und wirtschaftlichen Sicherung der Übernachtungsstätten im Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern wird auch durch das Sozialministerium uneingeschränkt unterstützt. Die erfolgreichen Beispiele wie das Hanse-Hostel und das Jugendgästeschiff in Rostock oder das Kinder- und Jugendhotel Verchen am Kummerower See zeigen deutlich, dass wir hier schon auf einem sehr guten Weg sind, der im Rahmen einer landesweit koordinierten Planung zukunftssicher gemacht werden sollte.

Das Sozialministerium hat sich im Rahmen der landesseitigen Unterstützung des gewerblichen Jugendtourismus bisher stets aktiv beteiligt, indem es zum Beispiel in den entsprechenden Gremien mit darauf achtet, dass die Angebote jugendgemäß, das heißt, unter Beachtung der Jugendschutzvorschriften gestaltet werden. Dies wird auch in Zukunft so bleiben.

Die in Ziffer 2 des Antrages genannten gemeinnützigen Einrichtungen haben allerdings mit Kinder- und Jugendtourismus nichts zu tun. Diese Einrichtungen werden in der Regel von Landesjugendverbänden oder anderen freien Jugendhilfeträgern genutzt, um dort Jugendarbeit beziehungsweise Jugendverbandsarbeit durchzuführen. Die Teilnehmer kommen aus Mecklenburg-Vorpommern, sind keine Kinder- und Jugendtouristen von außerhalb. Deshalb ist die Sicherstellung der Investitionsförderung von gemeinnützigen Einrichtungen keine Maßnahme zur Stärkung des gewerblichen Kinder- und Jugendtourismus.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das stimmt ja auch, das ist auch kein gewerblicher Kinder- und Jugendtourismus! – Peter Ritter, DIE LINKE: Der liest doch immer nur vor. – Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Vielmehr wird in diesen gemeinnützigen Einrichtungen Kinder- und Jugendarbeit nach den Grundsätzen des Paragraphen 11 folgende des Kinderjugendhilfegesetzes durchgeführt. Diese Tätigkeit der Landesjugendverbände wird vom Sozialministerium mit ungefähr 1,5 Millionen Euro jährlich unterstützt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Von dieser Summe wird ein ganz wesentlicher Teil für die konkrete Arbeit in diesen Einrichtungen, zum Beispiel auch für die Arbeit im Rahmen von umfangreichen Ferienmaßnahmen eingesetzt. Zusätzlich steht eine deutlich kleinere Summe für die Investitionsförderung von gemeinnützigen Einrichtungen zur Verfügung. Das waren im Jahr 2004 noch ungefähr 100.000 Euro, die seinerzeit von der damaligen Sozialministerin etwa halbiert wurden.

Die Verteilung der Gelder – eine große Summe für Projekte und Maßnahmen und eine eher geringe Summe für die Förderung der gemeinnützigen Einrichtungen –

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Warum?)

entspricht den Vorstellungen der freien Träger der Jugendhilfe. Dabei wird die Einschätzung geteilt, dass die Investitionsförderung von gemeinnützigen Einrichtungen aufrechterhalten und deshalb über das Jahr 2009 hinaus erfolgen muss, denn selbstverständlich benötigen die Träger entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten, um zum Beispiel notwendige Wochenendseminare und Bildungsmaßnahmen räumlich durchführen zu können. So weit also inhaltliche Zustimmung.

Aber nochmals: Ziffer 2 suggeriert, dass es sich bei diesen gemeinnützigen Einrichtungen um Jugendtourismuseinrichtungen handelt. Dies trifft nicht zu.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das steht doch gar nicht drin. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Darüber reden wir gar nicht.)

Die gewählte Formulierung steht somit nicht im Zusammenhang mit dem Thema Jugendtourismus.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Thema verfehlt. Setzen! Setzen! – Irene Müller, DIE LINKE: Die Passage können Sie auslassen, die haben sie Ihnen falsch aufgeschrieben.)

Im Kinder- und Jugendreisebereich des Landes kann eine bessere Auslastung der Einrichtungen durch mehr

Schul- und Klassenfahrten erzielt werden. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur arbeitet an der besseren Verzahnung relevanter Einrichtungen mit den Schulen des Landes. Schul- und Klassenfahrten bieten die Möglichkeit intensiver Erlebnisse, die Schülerinnen und Schülern lange in Erinnerung bleiben und künftiges Verhalten prägen. Outdooraktivitäten und Gruppenerlebnisse sind zentrale Bestandteile solcher Fahrten. Sie fördern die motorische Entwicklung der Schülerinnen und Schüler beziehungsweise stärken das Gemeinschaftsgefühl der Klasse.

Eine deutlich engere und bessere Verzahnung mit den Schulen kann unter anderem über pädagogische Angebote der kinder- und jugendtouristischen Einrichtungen von Mecklenburg-Vorpommern an den Schulen erfolgen, die sich vor allem auf die Gesundheitserziehung und auf Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt richten oder das Verständnis für Kultur, Geschichte, Heimat und Umwelt vertiefen.

Der Anwendung des pädagogischen Mittels Klassenfahrt sind jedoch praktische Grenzen gesetzt, denn jede Klassenfahrt für Schüler ist grundsätzlich durch die Eltern zu finanzieren. Das führt in einigen Elternhäusern zu hohen Belastungen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das Strategiekonzept Kinder- und Jugendtourismus wird unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Kinder- und Jugendtourismus Mecklenburg-Vorpommern zielgerichtet umgesetzt. Eine formale Fortschreibung ist gegenwärtig nicht erforderlich. – Das war der Redetext des Wirtschaftsministers.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Löttge. Er ist im Moment nicht da, dann hat jetzt das Wort ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Doch, da kommt er.)

Ach ja! Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das geht zu schnell für die CDU, das war klar. Achtung, er ist da! – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das geht aber von der Redezeit ab.)

Mathias Löttge, CDU: Ja, kein Problem.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja. – Zurufe von Angelika Gramkow, DIE LINKE und Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern kann man durchaus als touristische Erfolgsstory bezeichnen.

(Udo Pastörs, NPD: Story!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dies noch mal an einigen Zahlen und Fakten aufzeigen: 2,6 Millionen Übernachtungen im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus im Jahre 2007,

(Udo Pastörs, NPD: Trotz NPD im Land.)

345 Häuser, 20.000 Betten, ein Anteil von 9,9 Prozent an der Gesamtübernachtungszahl. Der Jahresumsatz im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus beträgt heute bereits 70 Millionen Euro. Dieser wird realisiert durch 2.500 Mitarbeiter. Ich glaube, meine Damen und Herren, auch die Mitarbeiterzahl macht die hohe arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieses touristischen Bereiches klar.

In den zurückliegenden Jahren sind gefördert durch das Wirtschaftsministerium eine Vielzahl qualitativ hochwertiger neuer Häuser entstanden, was zu einer stetigen Steigerung der Gästeankünfte und Übernachtungszahlen im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus führte.

Allein in diesem Jahr werden wir noch zwei neue Jugendhotels in Stralsund eröffnen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat permanent dafür gesorgt, für die gewerblichen Betriebe Rahmenbedingungen zu schaffen, welche eine positive Entwicklung möglichst machen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Auch für Marketing und damit Werbung und Vertrieb wurden und werden umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber viel zu wenig.)

Für die hervorragenden Aktivitäten im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus wurden wir als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sowohl im Jahre 2005 als auch im Jahre 2007 ausgezeichnet. Gleichzeitig waren wir 2007 oder 2008 Partnerland der ITB für Kinder- und Jugendreisen.

Meine Damen und Herren, das Qualitätsmanagement für Jugendreisen, QMJ, ein Qualitätssiegel made in Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wurde zwischenzeitlich bundesweit übernommen. In unserem Bundesland konnten erfreulicherweise inzwischen 74 Einrichtungen mit diesem Qualitätssiegel ausgezeichnet werden. Auch im Bereich des Marketings wurde eine Vielzahl von Aktivitäten entwickelt. So wurde ein englischsprachiger Flyer herausgegeben unter dem Titel „Off to McPom“. Darin sind zwölf Angebote von mehrsprachig ausgerichteten Übernachtungsstätten enthalten. Dies zeigt auch die internationale Ausrichtung, genauso wie die Mitgliedschaft als erstes Bundesland in der Weltjugend- und Studentenreiseorganisation. Neben dem internationalen Flyer erschien zur ITB auch ein Faltblatt unter dem Titel „Gut drauf“, in welchem weitere 14 hochklassige Angebote enthalten sind. Um das Angebot an Publikationen vollständig zu nennen, seien noch weitere fünf Kataloge mit einer Auflage von je 25.000 Exemplaren genannt, in denen 84 Einrichtungen sowie 25 Leistungsanbieter mit 120 Programmen vorgestellt werden. Auch online sind wir gut aufgestellt. Auf die Präsenz zum Thema Kinder- und Jugendreisen www.meck-pomm.com gab es im Jahre 2007 immerhin 350.000 Zugriffe.

Weitere Aktivitäten ließen sich noch nennen. Meine Damen und Herren, ich denke aber, wir können übereinstimmend feststellen, dass wir im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus gut aufgestellt sind.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch Defizite.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach so?)

Diese, welche die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag anspricht, beziehen sich tatsächlich – so, wie es in der Rede des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vertreten durch Herrn Minister Dr. Ebnet bereits deutlich gemacht wurde – auf die gemeinnützigen Einrichtungen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, jetzt?)

Diese beteiligen sich weder am Marketing noch am Qualitätsmanagement. Die Bedingungen in diesen Häusern entsprechen oft nicht mehr den heute üblichen Standards.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das ist falsch.)

40 bis 90 Prozent der Gäste in diesen Häusern kommen aus unserem Bundesland. Viele Einrichtungen mussten bereits geschlossen werden, da die Nachfrage zu gering oder aber eine effiziente Betreuung nicht möglich war. Gab es im Jahre 1998 noch 158 Häuser in gemeinnütziger Trägerschaft, sind es jetzt nur noch 128. 30 Häuser mussten also bereits geschlossen werden.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Dramatisch ist auch die Entwicklung bei den Schullandheimen. Hier ist die Zahl von 29 im Jahre 1998 auf 16 bis Ende 2008 zurückgegangen. Augenscheinlich haben viele Träger das große Problem, die Betreuung oder auch notwendige Investitionen finanziell sicherzustellen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Auch die bessere Verzahnung mit den Schulen ist durchaus ein Thema. Hierdurch könnten nach Auffassung des Tourismusverbandes 400.000 zusätzliche Übernachtungen realisiert werden.

Diese Probleme, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, sind aber nicht neu. Ich darf zitieren: „Die vorhandenen Jugend-, Bildungs- und Jugendübernachtungsstätten sollten nach Möglichkeit durch geeignete Maßnahmen, die vor allem auf eine höhere Auslastung gerichtet sind, erhalten werden. Dazu sollte eine den Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechende Förderung von Bau- beziehungsweise Sanierungsmaßnahmen seitens der öffentlichen Körperschaften beitragen.“

Meine Damen und Herren, nun frage ich Sie: Was meinen Sie wohl, aus welchem Jahre stammt dieses Zitat? Es stammt aus einer Analyse, beauftragt durch das Sozialministerium im Jahre 1998.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Nun kann ich mich erinnern, dass das Sozialministerium im Jahre 1998 durch Sie gestellt wurde. Und da muss ich Ihnen natürlich auch die Frage stellen: Warum haben wir acht Jahre dort nichts getan und warum kommen Sie jetzt erst mit Ihrem Antrag?

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Entschuldigen Sie mal, nach 1998 haben Sie einige Jahre mitregiert

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

und da bestand durchaus die Möglichkeit, danach Einiges zu tun und auch vorher mit entsprechenden Anträgen hier vorstellig zu werden.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Es sind Jahr für Jahr 2 bis 3 Millionen Euro investiert worden.)

Es ist also festzustellen, dass in den vielen Jahren nichts passiert ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist ja komisch. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das stimmt ja gar nicht.)

hingegen das Wirtschaftsministerium sich hier sehr stark engagiert hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie wissen doch gar nicht, wo die Millionen hingegangen sind. Das hätte er sich mal notieren sollen.)

Meine Damen und Herren, insofern bedarf es unseres Erachtens keiner weiteren Analysen. Auch ein neues Strategiekonzept ist nicht notwendig.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Klar. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Vielmehr kommt es jetzt darauf an, die bereits mit dem Strategiekonzept 2002 festgelegten Maßnahmen abzuwickeln und die seit zehn Jahren bekannten Probleme aufzuarbeiten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Es ist eine Schande, wie der Präsident des Tourismusverbandes auftritt.)

Zur Umsetzung des entsprechenden Strategiekonzeptes aus dem Jahre 2002 sowie zur weiteren Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Kinder- und Jugendtourismus wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, welche intensiv an den Problemen und damit verbundenen Lösungen arbeitet. Auch die Aktivitäten des Sozialministeriums und des Bildungsministeriums wurden hier in der Rede des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus bereits herausgearbeitet und hervorgehoben.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, wird durch diese Landesregierung intensiv an der Problemlösung gearbeitet. Ich gehe auch davon aus, dass das weiterhin so sein wird, und ich bin überzeugt davon,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

wir sind überzeugt davon. Insofern lehnen wir Ihren Antrag ab. – Recht herzlichen Dank.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur Ziel von Familien oder Senioren, die hier bei uns Erholung suchen, es sind auch viele Kinder und Jugendliche, die das Land für ihre Freizeit zu schätzen wissen. Jüngsten

Zeitungsberichten zufolge bietet Mecklenburg-Vorpommern genau das, was junge Leute suchen, und zwar Erholung, Entspannung, aber auch viele Abwechslungen.

Wir können nicht nur das, sondern auch Kultur bieten. Mecklenburg-Vorpommern hat eine gut ausgebaute touristische Infrastruktur. Dazu zählen 271 Übernachtungsstätten für Jugendliche. Herr Löttge, ich habe eine andere Zahl als Sie. Wahrscheinlich ist da schlecht zugearbeitet worden vom Tourismusverband. Aber wir können uns ja noch streiten, wer dazu alles gehört. Diese versprechen einen preiswerten Urlaub und sind oftmals idealer Ausgangspunkt für zahlreiche Aktivitäten im ausreichend vorhandenen Naturraum unseres Landes.

Gerade für die hohe Qualität der Jugendherbergen in Mecklenburg-Vorpommern sprechen die unverändert steigenden Übernachtungen. In 2007 suchten etwa drei Prozent mehr Gäste die Jugendherbergen auf als noch im Jahr zuvor. Das ist gut, weil mit steigender Auslastung natürlich auch die vielen Mitarbeiter in den Gästehäusern so auf einen sicheren Arbeitsplatz hoffen können. Aufgrund dieser Tatsache und der daraus resultierenden Bedeutung des Tourismus für unser Land ist es notwendig, das Strategiekonzept zum Kinder- und Jugendtourismus voranzuschreiben.

Die Fraktion DIE LINKE hat mit dem vorliegenden Antrag drei aus ihrer Sicht wichtige Punkte benannt, die für eine solche Weiterentwicklung erforderlich sind:

Erstens. Sie fordert einen Masterplan zur intensiven Entwicklung und wirtschaftlichen Sicherung der Übernachtungsstätten. Einzige Zielsetzung eines entsprechenden Masterplanes kann es jedoch nicht sein, die Landesmittel gezielter mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit einzusetzen. Wir müssen auch in diesem Bereich weg von der leidigen Gießkanne. Das kann unter Umständen natürlich heißen, dass einige Einrichtungen möglicherweise nicht überleben. Wenn also öffentliche Gelder ausgegeben werden, sollte mehr auf Marketing und auf die Verbesserung der Qualität und Ausstattung der Herbergen gesetzt werden. Jugendeinrichtungen sollten nicht nur Schlafplätze bieten, sie müssen auch Spaß bringen und Bildungs- und Kulturangebote vorhalten können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Für bauliche Investitionen sollte nur noch Geld ausgegeben werden, wenn diese Einrichtungen barrierefrei umgerüstet werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist richtig. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Auch das ist richtig.)

Wie gesagt, statt dessen sollte gutes Personal eingesetzt und die Ausstattung optimiert werden.

Zweitens. Die Fraktion DIE LINKE fordert die langfristige Sicherstellung der Investitionsförderung von gemeinnützigen Einrichtungen. Dies versteht sich in erster Linie als eine Kritik am Sozialministerium, denn seitens des Wirtschaftsministeriums wusste und weiß der Kinder- und Jugendtourismus stets um Beihilfen. Ich kann diese Kritik teilen, denn ganz kann sich das Sozialministerium nicht mit dem Hinweis der fehlenden Zuständigkeit aus der Verantwortung ziehen. Schließlich befindet sich der überwiegende Teil der Einrichtungen in gemeinnütziger Trägerschaft und dort wird auch Jugendarbeit im Sinne von Erziehung, Bildung und Integration geleistet. Letzteres führt zum Punkt 3 des vorliegenden Antrages.

Drittens. Viele Schulen nutzen die Jugendherbergen für ihre Klassenfahrten. Wer für ganzheitliche Bildung ist, der muss hier auch entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Insofern sind die geforderten Verbindungen zwischen Schule sowie Kinder- und Jugendtourismus richtig und wichtig.

Wir würden gerne einer Überweisung zustimmen.

An dieser Stelle ein letztes Wort: Herr Löttge, es gibt genug gemeinnützige Organisationen, die sich auch dem QMJ angeschlossen haben. Dazu gibt es auch einige Initiativen, eine habe ich in meinem eigenen Verband. Es gibt also schon einige gemeinnützige Träger, die das mitgemacht haben. – Danke.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Detlef Müller von der SPD.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren!

Liebe Kollegen der Fraktion DIE LINKE, auch wenn ich mir hier jetzt vielleicht den Zorn meiner Abgeordnetenkollegen aus der Fraktion zuziehe, muss ich Ihnen sagen: Kompliment zu Ihrem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Das ist klar. – Peter Ritter, DIE LINKE:

Deshalb haben wir jetzt schon geklatscht,
nachher können wir nicht mehr. – Zuruf
von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Ich finde ihn nicht schlecht, weil er uns ermöglicht, endlich einmal wieder hier in diesem Hohen Haus über einen so wichtigen Wirtschaftszweig wie den Tourismus zu sprechen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach, das war die gute Botschaft.)

Ich finde, in den letzten zwei Jahren ist er doch etwas sehr kurz gekommen. Das ist schade, weil – auch das ist hier in den Wahlperioden davor häufig an diesem Pult gesagt worden – der Tourismus in unserem Land eine Erfolgsgeschichte geschrieben hat. An dieser Erfolgsgeschichte haben wir als Parlament, wie ich finde, durchaus unseren Anteil. Ich finde es umso mehr schade, weil unser personeller Einfluss in der Branche doch ziemlich hoch ist, denn immerhin sind Frau Präsidentin Bretschneider und Herr Kollege Mathias Löttge wechselseitig Präsident beziehungsweise Vorsitzende des Landestourismusverbandes.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja!)

Die beiden machen, wie ich finde, einen richtig guten Job

(Udo Pastörs, NPD: Die Parteien sitzen
überall. Das macht den Parteienstaat aus.)

und bestimmen natürlich auch die Politik des Landestourismusverbandes ganz wesentlich mit.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: In der
Rede von Herrn Löttge wurde das nicht geäußert.)

Und wenn man bedenkt, dass Herr Staatssekretär Meyer als Vorsitzender des Deutschen Tourismusverbandes immerhin einen gewissen Einfluss hat, sollten wir, meine

ich, als Parlament diese Dinge auch besser nutzen. Wir sollten versuchen, als Parlament wieder besser ins Spiel zu kommen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um auch als Parlament die Entwicklung des Tourismus in unserem Land weiterhin mitzugestalten.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, gestatten Sie mir noch eine kurze Anmerkung zu Ihrem Antrag. Vieles ist bereits gesagt worden, dennoch will ich noch einmal unterstreichen, dass 2,6 Millionen Übernachtungen von jungen Gästen in unserem Land knapp zehn Prozent darstellen. Ich will damit auch noch einmal ganz klar und deutlich sagen, dass der Kinder- und Jugendtourismus in unserem Land längst ein kräftiges Standbein in der Branche ist. Aber, auch das haben meine Vorredner gesagt, das ist kein Selbstläufer. Insofern möchte ich all denen, die in dieser Branche tätig sind, hier meinen ganz besonderen Dank aussprechen. Ein ganz besonderer Dank geht, auch darauf haben meine Vorredner ja schon hingewiesen, an die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ mit ihrem Geschäftsführer Reinhard Schwarz. Ich glaube, die machen einen richtig guten Job. Ich kann mich gut daran erinnern, als die Arbeitsgemeinschaft gegründet worden ist. Frau Skrzepski, Frau Kassner und ich sind damals mit dabei gewesen. Ich gebe zu, als wir die Gründung vollzogen haben, war ich doch sehr skeptisch, ob es gelingt. Wenn man heute zurückschaut, muss man sagen, à la bonne heure, was dort geleistet wird.

Dass das so ist, darauf haben meine Vorredner bereits hingewiesen, zeigt, dass wir in den letzten Jahren häufig ausgezeichnet worden sind. Genau wie in diesem Jahr wurden wir Anfang des Jahres auf der größten Tourismusmesse in Berlin mit dem ersten Platz für beste jugendtouristische Angebote in Deutschland ausgezeichnet. Es zeigt sich, wir sind hier auf dem richtigen Weg. Ein Garant für diesen Weg ist sicherlich, wie in Ihrem Antrag angesprochen, das Strategiekonzept Kinder- und Jugendtourismus aus dem Jahr 2002 und die Studie, auf die sich die Unterrichtung der Landesregierung zum Thema Kinder- und Jugendtourismus aus dem Jahre 2006 bezog, sowie das darin enthaltene Konzept bis 2010. Wir meinen, eine formale Fortschreibung ist hier nicht erforderlich.

Was die Sicherung der Investitionsförderungen betrifft, dazu kann ich nur sagen, Frau Kollegin Seemann und ich sind vor circa 14 Tagen in einem Schullandheim gewesen und haben uns einmal umgeschaut, was dort so geleistet wird, nämlich in Dreilützow. Träger ist die Diakonie. Ich muss sagen, natürlich gibt es unterschiedliche Einrichtungen, das ist keine Frage, aber wir konnten uns in Dreilützow informieren und haben gesehen, dass die Träger dort ein tolles Angebot vorhalten. Das war schon sehr bemerkenswert.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Der Leuchtturm.)

Die 20 gemeinnützigen Jugendherbergen in unserem Land sind in den letzten Jahren grundlegend saniert beziehungsweise aus- und umgebaut worden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hat
Herr Löttge gar nicht mitbekommen. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das können Sie sicherlich auch bestätigen, wenn sich in Ihrem Wahlkreis eine Jugendherberge befindet. Man muss manchmal staunen, was in den alten Häusern alles so passiert ist, moderne Sanitäranlagen sind eingebaut worden und es gibt separate Zimmer für Lehrer und Betreuer.

(Heike Polzin, SPD: Und das zu moderaten Preisen. – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE)

Auch für die Lehrerinnen.

Wenn man jetzt bedenkt, dass im Jahre 2009 mit dem Umbau des Blocks 5 in Prora zu einer Jugendherberge mit etwa 500 Betten begonnen werden soll und dort insgesamt circa 15 bis 16 Millionen Euro investiert werden, dann bringt das, glaube ich, auch zum Ausdruck, dass wir als Land hier auf einem guten Weg sind.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Herr Holter, ich gebe Ihnen recht, wir müssen trotzdem gucken, was die Haushaltsberatungen im nächsten Jahr hergeben, damit wir vielleicht die eine oder andere Maßnahme hier noch mit einbeziehen können.

Was die Verzahnung der Schulen des Landes betrifft, auch das haben meine Vorredner gesagt, dem kann ich eigentlich nur zustimmen. Es ist völlig klar, da müsste mehr passieren. Ich behaupte aber, es ist in den letzten Jahren dennoch einiges passiert.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende des Tages entscheiden letztendlich Schüler, Eltern und Lehrer ganz allein, wohin sie ihre Klassenfahrt unternehmen.

Also, meine Damen, meine Herren der Fraktion DIE LINKE, Sie ahnen es,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Toller Antrag, wird abgelehnt.)

wir haben Ihren Antrag, der ohne Zweifel gut gemeint war, zur Kenntnis genommen, aber wir brauchen ihn nicht. Wir als SPD-Fraktion lehnen ihn ab. – Herzlichen Dank.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das war ja eine grandiose Vorstellung, Herr Müller.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Müller.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war wirklich zartfühlend.)

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Müller von der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Pläne und Strategiekonzepte kann man viele machen. Ja, mache nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht und mache dann noch einen zweiten Plan! Gehen tun sie beide nicht. Solche Strategiekonzepte wie Planung von Arbeitsgemeinschaften liegen zu Hunderten oder wahrscheinlich eher zu Tausenden in den Schubläden oder auf den Festplatten, mitunter schön bunt und immer gut ausgedacht. Masterplan, das hört sich natürlich noch besser an. Die Linkspartei entdeckt solche Begriffe wie ein wichtiges Marktsegment im Tourismus. Von der Stasipartei zur Staatspartei. Ach, entschuldigen Sie, Staatspartei waren Sie ja auch schon mal.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und zur besseren Tarnung wechselte sie ihren Namen. Mir wird schlecht, wenn ich hier im Antrag der Linkspartei etwas von Steigerungsraten und Marktanalysen höre.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Dann sollten Sie zum Arzt gehen.)

Gehen Sie doch zur SPD oder FDP! Es würde in diesem Land ja ohnehin genügen, wenn Sie alle in einer Partei wären.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Heike Polzin, SPD: Mir wird auch schlecht.)

Natürlich sollen Kinder in die Erholung fahren und natürlich sollen sie nach Mecklenburg und Vorpommern kommen. Es wäre viel wert, wenn die Jugendlichen dann nicht in Ihre Animationspädagogiken gezwungen würden, sondern wenn sie sich wirklich wie Kinder austoben könnten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Sie sollten sich, statt sich um Masterpläne zu kümmern, einmal die Jugendarbeit von volkstreuem Jugendverbänden angucken, wie bei der HDJ etwa.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, das haben wir. – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Da sehen Sie, dass es keiner großen Mittel bedarf, um gute Jugendarbeit zu machen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
So wollen Sie die Jugendlichen. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Machen Sie 'ne Gehirnwäsche?!)

Die Jungen und Mädchen wollen etwas erlernen, sie wollen sich nicht von Lehrern und Volksbeglückern bevormunden lassen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Alle im Gleichschritt marschieren!)

Wo gibt es in Ihren Masterplänen etwas von Pfad und Lager? Wo überwinden die Jugendlichen, die in Ihre ideologischen Besserungsanstalten verbracht werden, sich selbst? Die erheblichen Mängel in den jugendtouristischen Angeboten können Sie schnell und umfassend ausgleichen – gut zuhören –, wenn Sie sich mit der Bundesführung von Jugendorganisationen wie der HDJ zusammensetzen und lernen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die Jugend will durch Jugend geführt werden. Wir brauchen weder Masterpläne spießiger Kommunisten noch jene von aalglatten Liberalisten. Jugendkultur und auch Jugendfreizeitangebote wachsen nicht durch staatliche Programme.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Und wenn überhaupt, dann setzen Sie wenigstens Jugendliche in solche Kommissionen. Lassen Sie die Leute doch in Ruhe, dann werden sie auch selbst Wege finden!

(Irene Müller, DIE LINKE:
Vor allen Dingen Sie, ne?!)

Das gilt auch für das, was Sie Jugendtourismus nennen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihre Programme zielen doch nur darauf ab, die Jugendlichen durch Ihre Kultur- und Gedenkstätten zu schleppen und weichzuklopfen.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach ja?)

Statten Sie die Jugendeinrichtungen im Land mit ausreichenden Mitteln aus! Bekämpfen Sie nicht die nationale Jugendkultur, in der sich die Jugendlichen selbst bestimmen!

(Irene Müller, DIE LINKE: Sammeln und so was.)

Sparen Sie Geld und stecken Sie Ihre Strategiekonzepte in den Rundordner!

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da steht ja im Antrag was drin von Bekämpfen.)

Wir lehnen einen solchen sinnlosen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und, Herr Timm, zu Ihrem gestrigen Auftritt kann ich nur sagen: Gut gebrüllt, Dicker!

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Na!)

Sie sagen, der Petitionsausschuss liegt Ihnen besonders am Herzen. Ich frage mich nur, warum Sie des Öfteren im Ausschuss wie auch hier im Plenarsaal schlafen.

(Heiterkeit und Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wie viel Leute haben Sie denn für den Satz
angesetzt, dass Sie den rausgekriegt haben?)

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Müller,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der schläft auch.)

wir wollen nicht Kinder und Jugendliche in Wehrlager schicken. Wir wollen nicht, dass sie einer Gehirnwäsche unterzogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Und warum machen
Sie das dann? Sie kennen sich gut aus.)

Wir setzen auf eine selbstbestimmte Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Dazu brauchen sie die Unterstützung von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern.

(Stefan Köster, NPD: Ja, ja! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das kann in jugendtouristischen Einrichtungen erfolgen, aber nicht nach den Maßstäben, die Sie hier formulieren. Das würde tatsächlich zu dem führen, was wir 1933 schon mal hatten.

(Udo Pastörs, NPD: Sie kennen unsere Maßstäbe gar nicht.)

Da muss ich nicht hinkommen, ich weiß, was da abläuft.

(Stefan Köster, NPD: Hören Sie doch auf,
hier eine Volkskammerrede zu halten! –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Ich halte keine Volkskammerrede. Ich war nie in der Volkskammer, das sollten Sie vielleicht wissen.

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht waren Sie
nicht gut genug. – Udo Pastörs, NPD:
In Moskau waren Sie.)

Ich war sieben Jahre in Moskau und darauf bin ich auch stolz.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Sehen Sie! Sehen Sie!)

Wissen Sie, worauf ich stolz bin?

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja die Schande.)

Ich bin stolz darauf, dass ich mich nicht als Deutscher fühle, sondern als multikultureller Bürger dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Warten Sie mal ab! –
Stefan Köster, NPD: Sie sind sehr multikulturell. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, zurück zu unserem Antrag und zu den Reden, die hier vom Wirtschaftsminister, aber auch von Herrn Löttge gehalten wurden.

(Udo Pastörs, NPD: Für alles offen.)

Herr Löttge, es tut mir leid, ich kann nicht nachvollziehen,

(Udo Pastörs, NPD: Echter Multikulti.)

warum Sie als Präsident des Landestourismusverbandes hier eine solche Rede halten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Es war beschämend für den Tourismusverband.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Genau.)

Ich kann nur froh sein, dass Frau Bretschneider die alternde Präsidentin ist, damit ein Korrektiv im Landestourismusverband da ist, was die politische Strategie betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Die politische Strategie, das will ich Ihnen sagen, ist in der Rede von Herrn Seidel, die Herr Ebnet vorgetragen hat, deutlich geworden. Wir stärken den gewerblichen Bereich, aber der gemeinnützige interessiert uns nicht mehr.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie kennen den gar nicht.)

Wo steht denn geschrieben, dass die gemeinnützigen Einrichtungen nicht zum Jugendtourismus gehören?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Diese Definition ist eine an den Haaren herbeigezogene Definition, weil Sie die Gemeinnützigen nicht unterstützen wollen, Herr Ringguth, auch die in Waren und im Müritzkreis dazugehörenden. Das sollten Sie sich mal in Ihrer Fraktion zu Gemüte führen, wie denn die gemeinnützigen Einrichtungen tatsächlich dastehen, was in den letzten Jahren geleistet wurde.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Übrigens, seit 1998 sind hier 2 bis 3 Millionen Euro jährlich finanziert worden und es soll auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, aber eben 2010. Herr SELLERING, ich werde Ihnen dann als Gedankenstütze genau den Auszug aus der Mittelfristigen Finanzplanung, ich habe ihn mitgebracht, übergeben, damit Sie das im Ministerium noch mal diskutieren können. Aber mir geht es hier um die politische Strategie. Die politische Strategie kann nicht darin bestehen, ausschließlich auf den Kommerz zu setzen, weil es uns darum geht – das habe ich in meiner Einführungsrede sehr deutlich gemacht –, dass möglichst allen Kindern und Jugendlichen ein touristisches Angebot gemacht wird.

Es ist viel gesprochen worden über das Strategiekonzept aus dem Jahre 2006. Das teile ich voll. Viele Dinge, die Herr EBNET hier vorgelesen hat, treffen heute ja auch noch zu. Wir sind der Überzeugung, dass wir heute hier darüber diskutieren, weil viele Probleme als Strategieansätze, die damals formuliert wurden, weiterentwickelt und, wie Herr GRABOW es sagte, vorangeschrieben werden müssen. Wir müssen nämlich analysieren, wo wir stehen und wie es weitergeht. Und wenn es denn in diesem Strategiekonzept damals schon hieß, das trage ich hier ganz bewusst vor, eine Schwäche in Mecklenburg-Vorpommern besteht in dem unterschiedlichen Prioritätensetzen der Ministerien, dann wird das in der neuen Koalition, in dieser Koalition aus SPD und CDU, nicht nur eine Schwäche, sondern diese Schwäche wird ausgebaut. Das Nebeneinanderher ist ein unabgestimmtes Agieren der Ministerien. Gerade in diesen Fällen, was den Kinder- und Jugendtourismus anbelangt, ist es inzwischen hanebüchen. Deswegen wollen wir diesen Masterplan, damit eine konzertierte Aktion der gesamten Landesregierung hier auf der Tagesordnung steht und umgesetzt wird.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es heißt auch, die Strategien des Kinder- und Jugendtourismus befinden sich im Umbruch. Das ist richtig. Aber ich bin der Überzeugung, dass wir als Landespolitiker und insbesondere auch die Landesregierung eine steuernde Aufgabe haben. Die steuernde Aufgabe kann nicht darin bestehen, zu bemängeln, dass gemeinnützige Einrichtungen Qualitätsmängel haben – das ist ja unstrittig, die hat jeder erlebt –, sondern die Aufgabe kann doch nur darin bestehen, dafür zu sorgen, dass diese Mängel abgestellt werden, damit sie entsprechend qualitativ gute Angebote machen können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das gilt übrigens auch für die gewerblichen.)

Und im Übrigen möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD einmal Folgendes fragen: Die AWO Reise gGmbH – gemeinnützige GmbH –, was ist denn das nun? Ist es eine gewerbliche oder eine gemeinnützige Reiseeinrichtung?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Volkssolidarität.)

Deswegen, meine Damen und Herren, das, was hier seitens der Regierung vorgetragen wurde, dient nicht dem Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin der Überzeugung, dass man hier den ganzheitlichen Ansatz braucht. Ich bin wie in anderen Fällen, zum Beispiel beim Gender Mainstreaming, der Überzeugung, dass der Kinder- und Jugendtourismus genauso in allen Fragen des Tourismus, der wirtschaftlichen und der gemeinnützigen Entwicklung sowie der sozialen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern dazugehört. Deswegen bin ich enttäuscht darüber, dass Sie hier angekündigt haben, unseren Antrag abzulehnen, weil es uns darum ging, das Erreichte auszubauen. Es war, das haben ja mehrere Redner gesagt, die Initiative dieser Arbeitsgruppe „Junges Land für Junge Leute“, die dieses Qualitätsmanagement entwickelt hat. Die Basiszertifizierung, die Sterne, die vergeben wurden, alles vollkommen richtig. Aber es sind eben nicht nur Plaketten oder kleine Schilder, die an den Einrichtungen angebracht werden, sondern es geht auch um Qualifizierung der dort Beschäftigten. Das hat auch etwas mit Qualität zu tun, nämlich mit den Kindern und Jugendlichen entsprechende Angebote auszufüllen und ihnen eine interessante Erholung beziehungsweise einen interessanten Aufenthalt zu gestalten.

Meine Damen und Herren, namens meiner Fraktion, Herr GRABOW hat das schon beantragt, beantrage ich die Überweisung federführend in den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Sozialausschuss sowie in den Bildungsausschuss. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Holter.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1497.

Entschuldigung, es wurde die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss federführend und mitberatend in den Sozialausschuss und in den Bildungsausschuss beantragt. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1497. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1497 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Entfernungspauschale verfassungsgemäß gestalten, Drucksache 5/1484.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Entfernungspauschale
verfassungsgemäß gestalten
– Drucksache 5/1484 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage der Entfernungspauschale, wir haben darüber ja schon an anderer Stelle debattiert, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die Systempolitik nicht im Geringsten darum schert, was Recht ist, noch viel weniger, was sie denen eigentlich antut, die ihre Gesetze und Verordnungen betreffen, nämlich den Menschen.

Die Aussprache zu den Anträgen der LINKEN und der FDP hat gezeigt, meine Damen und Herren der Systemparteien, dass Sie die Tätigkeit hier im Parlament nur als Selbstzweck ansehen, bei dem Sie wie ein Hamster im Laufrad die Zeit bis zum Erhalt Ihrer anspruchsvollen Pension ablaufen wollen. Es ist ganz egal, worüber Sie reden, Hauptsache Sie reden. Und Sie können sich moralisch wieder einmal distanzieren.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sie müssen nicht immer von sich auf andere schlussfolgern.)

Sie haben wieder demokratischen Widerstand geleistet und sind einem Antrag der NPD nicht nur nicht gefolgt, sondern Sie haben es auch vermieden, eine allzu große Nähe zu zeigen, obwohl Sie das gleiche Problem auf die Tagesordnung setzten.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Dem kann man auch nicht folgen, weil es falsch ist.)

Im Grunde sind wir Ihnen dafür sehr dankbar, denn eine allzu große Nähe würde nur bedeuten, dass wir uns mit dem Schmutz von Korruption und Vetternschaft, den Sie hier Tag für Tag durch das Hohe Haus tragen, belasten würden.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist ja unglaublich!)

Sie wollen mit uns nichts zu tun haben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Jawohl, da haben Sie völlig recht.)

Das trifft sich gut, wir mit Ihnen auch nicht.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist ja wunderbar.)

Und es ergibt sich ja dann noch – auch für den unbefangenen Beobachter – wieder ein interessantes Schauspiel, ein Schauspiel, das im Mecklenburgischen Staatstheater nicht besser aufgeführt werden könnte. Wie im Mittelalter im Hexenwahn müssen Sie ja unaufhörlich von sich geben, dass Sie keinen Antrag der NPD unterstützen können.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Jawoll! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)

Wir fragen uns heute, wie wird es denn nun wohl, denn FDP und LINKE haben ja selbst gleichlautend einen Antrag zur NPD eingebracht.

(Toralf Schnur, FDP: Nein, haben wir nicht. – Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das ist falsch.)

Unser Antrag ist eher eingereicht worden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Dass Sie nicht zustimmen werden, steht ja schon fest.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Begründungen finden wir dann natürlich sehr spannend. Stimmen Sie dann beim zweiten Mal nicht zu, weil es der NPD in Wirklichkeit nicht um die Entfernungspauschale geht oder weil Sie den Geschichtsunterricht in den falschen Hals bekommen haben? Wir sind gespannt. Schön wäre es ja, wenn die Ablehnung unseres Antrages einer der beiden Antragsteller vornehmen könnte.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehen Sie sich doch mal Ihre Formulierungen an! Die sind doch falsch.)

Wenn wir die Ehre haben, Frau Lochner-Borst zu hören,

(Toralf Schnur, FDP: Das machen wir gerne.)

wäre das auch sehr unterhaltsam. Sie findet vielleicht sogar beim Thema Entfernungspauschale einen direkten Bezug zum Dritten Reich.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Kommen Sie doch mal zum Thema Entfernungspauschale! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Was den Antrag selbst angeht, so liegt die Sache eigentlich völlig klar.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Der ist peinlich. – Toralf Schnur, FDP: Schrott!)

Wir haben es in der Begründung unseres Antrages schon erwähnt. Die Verfassungsgemäßheit der im Jahre 2007 erfolgten Kürzung der Pendlerpauschale ist von verschiedenen Gerichten bereits als verfassungswidrig bezeichnet worden. Selbst der Bundesfinanzhof hat zuletzt in seinem Beschluss vom 23. August 2007 festgestellt, ich zitiere: „Es ist ernstlich zweifelhaft, ob das ab 2007 geltende Abzugsverbot des § 9 Abs. 2 EStG betreffend Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte verfassungsgemäß ist.“ Das muss man sich wirklich mal klarmachen. Da sitzen Ministerialbeamte in Berlin, die haben ganz offensichtlich nur ein einziges Ziel: Wie können wir Geld in die maroden Kassen auf möglichst geräuschlose Weise bringen, damit wir unseren internationalen Tributverpflichtungen nachkommen?

Nun kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Leute nicht wissen, dass das, was sie da mit der Entfernungspauschale verordnet haben, verfassungswidrig ist. Das müsste ja bereits einem Politikschüler in der 12. Klasse auffallen, der im Politikunterricht erfährt, dass die Grundlage unseres Rechtssystems die Gleichbehandlung ist. Warum, so die Frage, wird dem einen etwas gewährt, was dem anderen nicht gewährt wird? Warum schaut jemand, der nur 10 Kilometer bis zur Arbeit fährt, in die Röhre und seine Kosten können steuerlich nicht verrechnet werden, und jemand, der 30 Kilometer fährt, dem ist dies gestattet? Es kann doch nicht sein, dass so etwas halbwegs gebildeten Leuten nicht auffällt. Aber da handelt man dann nach dem Motto: „Das macht doch nichts, das merkt doch keiner.“

Nun, es hat aber jemand gemerkt, nämlich die Öffentlichkeit. Und die denkt auch, wir leben in einem Rechtsstaat,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das war ja jetzt der Hammer.)

also klären wir das Ganze dort mal. Da gehen die Bürger zu den Gerichten Mecklenburg-Vorpommerns, nach Niedersachsen, nach Baden-Württemberg, ins Saarland und schließlich zum Bundesfinanzhof. Und was hören sie da? Das Gesetz ist verfassungswidrig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE, und
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das stimmt
nicht. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und was erwarten sie dann? Dass diejenigen, die bei der politischen Gaunerei erwischt worden sind, wenigstens schamvoll einen Rückzieher machen und zur alten Regelung zurückkehren.

Die Sache liegt aber genau umgekehrt. Man ist gerade beim Verfassungsbruch erwischt worden und schickt anschließend seine Leute vor die Presse, um der zu erklären, dass die NPD verfassungsfeindlich sei. Haltet den Dieb, ruft der Kriminelle. Entschuldigungen? Nachzahlungen? Mitnichten. Erst sagt die Bundesregierung, dass sie die Rechtsprechung nicht interessiert, man warte auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und kann bis dahin noch Gelder der Bürger abzweigen. Und dann lässt auch die Landesregierung verlauten, sie würde die Rechtsprechung ebenfalls nicht interessieren. Man werde sich ebenfalls nicht bemühen, die Entfernungspauschale wieder so zu gestalten, dass die Bürger ihre Fahrten ab dem ersten Kilometer absetzen dürfen.

Meine Damen und Herren, dies ist der Grund, warum die NPD immer und immer wieder den Verlust von Demokratie anprangert. Ein wesentliches Element zur Durchsetzung von Demokratie ist die Gewaltenteilung. Die gibt es aber nicht mehr, wenn der Gesetzgeber sich nicht an die Bedingungen der Rechtsprechung hält. Ich sage es deshalb noch einmal: Es ist eine Unverschämtheit, dass Leute wie Herr Caffier, die das Recht brechen und sich wie ein uneingeschränkter Herrscher aufführen, dass solche Leute ausgerechnet der NPD, die sich um die Wiederherstellung der Volkssouveränität bemüht, Demokratiefeindlichkeit vorwerfen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ist ja wohl nicht mehr anzuhören. –
Udo Pastörs, NPD: Müssen Sie aber! –
Michael Andrejewski, NPD:
Ist ja gleich Feierabend.)

Die Systempolitik behandelt die Menschen ungerecht. Sie ist verantwortlich für eine Wirtschaftsordnung, die die Arbeitsplätze zerstört und die Arbeitnehmer auf eine Wanderschaft zwingt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Erst opfern Sie auf dem Altar der Globalisierung die Arbeitsplätze, sagen den Leuten, sie müssen zu ihrem Arbeitsplatz weite Wege in Kauf nehmen, und dann zocken Sie die Leute auch noch ab.

Ich habe das schon an anderer Stelle betont: Die Ungerechtigkeiten fangen nicht erst bei der Entfernungspauschale an. Der Staat ist es, der neben den Ölmultis an den Berufspendlerfahrten der Menschen im Land verdient. Senken Sie doch die Mineralölsteuern! Sorgen Sie doch endlich bei Ihrem Parteiapparatschiks in Berlin dafür, dass die unsägliche Ökosteuer gestrichen wird! Und tun Sie doch bitte vor allem nicht immer so, dass Sie

auf Landesebene den Feuerwehrmann spielen, während in Berlin die gleichen Parteigenossen sich als Brandstifter betätigen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Inzwischen kostet ja bereits der Liter Diesel 1,50 Euro, also rund 3 Mark. Da sind wir fast bei dem, was die Grünen seinerzeit als Wunschvorstellung präsentiert hatten und wo sich alle anderen Systemparteien gründlich entzündet haben. 5 Mark für den Liter Benzin hatten die Grünen damals gefordert.

Mit der Veränderung der Pendlerpauschale sollen 2,5 Milliarden Euro eingespart werden. Allein diese Bezeichnung ist ja ein typischer Betrug. Diese Gelder wurden nicht eingespart, diese Gelder musste der Bürger zahlen. Die fehlen ihm in der Geldbörse. Wenn die Finanzminister sparen, dann meinen sie in Wirklichkeit immer, dass sie den anderen das Geld aus der Tasche ziehen wollen. Aber einmal davon abgesehen, diese Gelder – diese 2,5 Milliarden Euro – sollten für politische Zukunftsbeiräte gezielt genutzt werden. Wo sind die denn? Wer hat denn etwas davon gehabt? Vielleicht die afghanischen Haschischanbauer, die jetzt von Bundeswehrsoldaten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit geschützt werden?

Wenn Sie konsequent gewesen wären, dann hätten Sie gleich sagen können, dass Sie die Entfernungspauschale ganz abschaffen. Von 35 Millionen Pendlern fahren ohnehin nur 5 Millionen mehr als 25 Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz. Wir fordern Sie erneut auf, bevor auch das Bundesverfassungsgericht Sie dazu auffordert: Sorgen Sie dafür, dass wieder Steuergerechtigkeit herrscht! Tun Sie endlich einmal etwas für die Bürger! Und den Bürgern kann ich nur empfehlen, einmal nachzufragen bei den Abgeordneten von FDP und Linken, warum diese einen Antrag ablehnen werden, den sie ähnlich selbst gestellt haben. Aber dieses ist dann Ihr Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Köster, Sie haben eben einen Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommerns des Rechtsbruchs bezichtigt. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der FDP.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Köster, ich werde Ihnen gerne erklären,

(Udo Pastörs, NPD: Noch mal.)

warum wir Ihren Antrag ablehnen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Weil Sie alle Anträge ablehnen. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Sie werden auch verstehen, dass wir Ihren Antrag ablehnen, weil wir uns mit Ihrem Antrag auseinandergesetzt haben. Wir haben ihn nicht zusammen behandelt, weil er eben nicht das Gleiche fordert, wie wir fordern. Und um Ihnen das auch ganz deutlich zu sagen: Mich hätte ja mal vorweg interessiert – deswegen muss ich ein kurzes Vorwort machen –, wie Sie Ihren Antrag eigentlich begründen. Sie haben uns nun alles erzählt, was wir gestern von Ihnen schon gehört haben. Aber Ihren Antrag begründet haben Sie überhaupt nicht, denn da steht nun mal etwas anderes drin.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber das werde ich Ihnen gerne erklären.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, bitte. –
Udo Pastörs, NPD: Ja, das machen Sie mal.)

Und zwar ist es so, meine sehr geehrten Damen und Herren der Fensterfront, dass Sie natürlich versuchen, uns wieder in Schwierigkeiten zu bringen mit einem Antrag. Das ist ja Ihr Anliegen. Sie jammern jedes Mal,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass Ihre Anträge nur deswegen abgelehnt werden, weil sie von Ihnen kommen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist keine Jammerei,
das ist Feststellung. Jammerei sieht anders aus.)

Ich möchte es klar und deutlich sagen: Ja, wir lehnen Ihre Anträge ab, und das vor allem deswegen, weil wir wissen, wes Geistes Kind Ihre Anträge sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Wenigstens
steckt bei uns Geist dahinter. Bei Ihnen steckt
kein Geist dahinter. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Bei Ihnen ist Ungeist dahinter, Herr Andrejewski.)

Nehmen wir nun den vorliegenden Antrag und schauen uns einmal an, was passiert, wenn wir die Worte Ihres Antrages „NPD“, „Entfernungspauschale“ und „Pendlerpauschale“ bei Google eingeben. Dann finden Sie circa 30.000 Einträge. Ich habe das mal durchchecken lassen. Und wissen Sie, wann der erste Eintrag von einer NPD-Gruppe dort registriert ist, der sich mit dem Thema Pendlerpauschale im Zusammenhang mit Steuern finden lässt? Vom 21.05.2008.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Guten Morgen, Herr Nachtwächter!)

Wer Böses dabei denken mag – gut. Sie kannten doch bisher den Begriff „Pendlerpauschale“ nur in einem Zusammenhang, damit machen Sie auch mobil im Internet – Weltnetz nennen Sie es bei sich –, nämlich mit der Pendlerpauschale bei Europaabgeordneten, die Sie als Entfernungspauschale überall kritisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Fensterfront, Sie betteln doch immer, dass sich die anderen mit Ihren Anträgen auseinandersetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben aber eine
Wahrnehmungsstörung, junger Mann! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie verstehen sich auch als Kümmerpartei

(Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD:
Wir betteln grundsätzlich nicht, wir fordern.)

und somit ist es folgerichtig, dass wir kümmerliche Anträge vorgelegt bekommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Aus meiner Sicht beginnt natürlich somit der Begriff „Kümmerkompentenz“, eine völlig neue Bedeutung zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
DIE LINKE und FDP – Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Kommen wir jetzt mal zum eigentlichen Inhalt.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Der erste Satz: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Entfernungspauschale für die Pendler in Mecklenburg-Vorpommern verfassungsgemäß zu gestalten.“

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Was will uns der Autor sagen?

(Udo Pastörs, NPD: Dass sie sich
im Bundesrat dafür verwenden soll.)

Er will die Landesregierung auffordern, eine verfassungsgemäße Formulierung zu entwerfen, gegebenenfalls zu verwenden. Jetzt nehmen wir einmal an, wir würden Ihrem Antrag zustimmen. Was wäre dann die Folge?

(Zuruf von Birger Lüssow, NPD)

Die Landesregierung würde einen aus Ihrer Sicht verfassungsmäßigen Entwurf vorlegen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und dann? –
Udo Pastörs, NPD: Ja, zum Bundesrat.)

Und dann? Dann hätten wir einen aus Ihrer Sicht verfassungsmäßigen Entwurf.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Chic. –
Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Dumm nur, dass der Bund zuständig ist.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig. –
Udo Pastörs, NPD: Blödsinn.)

Ergebnis: Viel Luft und nichts dahinter, nichts als Blasen, Phrasen, Phrasen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Kommen wir nun zum zweiten Satz, wir sind ja in der Auseinandersetzung: „Die Kürzung der Entfernungspauschale ist deshalb aufzuheben.“ Die Entfernungspauschale ist also deshalb aufzuheben, weil die Landesregierung eine verfassungsgemäße Formulierung ausgearbeitet hat. Das verstehen wohl nur diejenigen, die in der nationalen Fensterfront tätig sind. Erhellend ist dieser Antrag bis jetzt jedenfalls noch nicht. Da können Sie sagen, was Sie wollen.

Nehmen wir den krönenden Abschluss Ihres Antrages, der dritte und letzte Satz, ich zitiere: „Beruflich verlassene Fahrten von und zum Arbeitsort sind wieder ab dem ersten Kilometer steuerlich anzurechnen.“ Nimmt man diesen Satz in den Kontext des vorherigen, dann kommt man zu einer diffusen, zusammenhanglosen Aufstellung von Sätzen.

Spannend ist allerdings die Auflistung der Urteile, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie sollten diese Urteile vielleicht auch ein einziges Mal lesen, denn da steht etwas anderes drin als das, was Sie hier ständig zitieren. Hätten Sie auch nur ein einziges dieser Urteile gelesen, dann hätten Sie gewusst, wofür Sie diesen Antrag produzieren.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren der Fensterfront, wir werden Ihren Antrag natürlich genau dahin bringen, wo er hingehört, in den Papierkorb. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Landtag einen Abgeordneten, der mal Mitglied des Finanzausschusses war und der wegen Unfähigkeit erst mal von seiner Fraktion aus diesem Ausschuss abberufen worden ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist wirklich unverschämt. – Zuruf
von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

übergangsweise keinem Ausschuss angehören durfte

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und sich jetzt mit Petitionen beschäftigen darf.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und das macht er gerne und gut.)

Das ist ja auch in Ordnung. Die Unfähigkeit in Person, Herr Schnur, das waren Sie. Insofern disqualifiziert ...

(Gino Leonhard, FDP: Ha, ha!
Abgeschaltet, Herr Köster, abgeschaltet!)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Köster, ich muss Sie unterbrechen. Sie haben eben einen Abgeordneten persönlich verunglimpft.

(Raimund Borrmann, NPD: Das war
eine Feststellung, Herr Präsident.)

Ich erteile Ihnen den zweiten Ordnungsruf. Sie wissen, bei einem weiteren Ordnungsruf, was das bedeutet.

(Udo Pastörs, NPD: Sie
haben ein Demokratieverständnis,
Herr Kreher, das schreit gen Himmel! –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Stefan Köster, NPD: Ach, ist das alles hier schön. Die Wahrheit ist im Hause verboten.

„Die Pendlerpauschale muss wieder her!“,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

forderte Malte Fischer in einem Beitrag in der „WirtschaftsWoche“ vom 26. Mai 2008. Es gibt aber auch Professoren, wahrscheinlich Mitglied der FDP, so der Artikel, die den vollständigen Wegfall der Pendlerpauschale mit der Begründung fordern, ich zitiere, „da sie Anreize für weite Arbeitswege schaffe und so zur Zeitverschwendung einlade.“ Zitatende. Das ist im Grunde Liberalextremismus.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Sagen Sie was zu Ihrem Antragstext!)

Was wäre die Folge daraus? Die Abwanderung aus unserer schönen Heimat, die ohnehin sehr hoch ist, würde fluchtartig zunehmen. Nach Malte Fischer sprechen folgende Gründe dafür, die vollen Fahrtkosten anzuerkennen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist doch nicht
der Antragstext! Das steht hier doch gar nicht!)

und zwar erstens der „Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das heißt, dass nur das besteuert werden darf, was dem Erwerbstätigen nach Abzug der beruflich veranlassten Kosten übrig bleibt.“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„Die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind keine private Angelegenheit“. Eine Nicht- oder nur Teilberücksichtigung als Werbungskosten hemmt nachweislich die Mobilität.

Einen weiteren Grund führt Herr Fischer an, der zum Nachdenken anregen sollte. Er fragt zu Recht: „Mit welcher Berechtigung wird dem Angestellten der Abzug von Fahrtkosten verwehrt, wenn Selbstständige weiter ihre Fahrten mit dem Firmenwagen beim Fiskus absetzen können.“

(Raimund Borrmann, NPD:
Genau das ist das Problem.)

Und ich ergänze die Frage: Warum verweigern Sie den Arbeitnehmern die Fahrtkostenerstattung vor dem Hintergrund, dass wir Abgeordnete eine vollständige Erstattung erhalten? Ihre Politik – und da schließe ich Sie mit ein, Herr Schnur – ist volksfeindlich und erbärmlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Raimund Borrmann, NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1484. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1484 bei Zustimmung der Fraktion der NPD, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 2. Juli 2008, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 11.44 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Jörg Heydorn, Renate Holznagel, Vincent Kokert, Regine Lück, Gabriele Měšťan, Sebastian Ratjen, Michael Roolf, Günter Rührs, Ute Schildt, Jürgen Seidel, Peter Stein, Jörg Vierkant und Dr. Gerd Zielenkiewitz.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Wahlfreiheit durchsetzen: Einführung eines Müttergehaltes in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 5/1483 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Neinstimmen

SPD

Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Caffier, Lorenz
Dr. Jäger, Armin
Kuhn, Werner
Lenz, Burkhard
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc

Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Dr. von Storch, Henning
Strenz, Karin
Timm, Udo
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Gramkow, Angelika
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun
Schnur, Toralf

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	55
Gültige Stimmen	55
Jastimmen.....	6
Neinstimmen	49
Enthaltungen	-